

David Templin

Zwischen APO und Gewerkschaft.

Die Lehrlingsbewegung in Hamburg, 1968–1972

Über vierzig Jahre nach den Ereignissen ist das Phänomen „1968“ nicht nur in der medialen Öffentlichkeit, sondern auch in der Geschichtswissenschaft Gegenstand von kontroversen Debatten, in denen über seine Einordnung und Bewertung gestritten wird.¹ Im Vordergrund der öffentlichen Erinnerung ebenso wie der historischen Forschung in der Bundesrepublik steht dabei die Studentenbewegung, die sich auf die Jahre von 1966/67 bis 1969 datieren lässt. Die mediale Präsenz ehemaliger Protagonisten² der Studentenbewegung, die u. a. in einer Flut von persönlicher Erinnerungsliteratur zum Ausdruck gekommen ist, verdeckt dabei den Anteil anderer sozialer Gruppen, die ebenfalls an den Bewegungen Ende der 1960er Jahre beteiligt waren. Und auch die Forschung hat bisher vor allem auf den „Aufbruch der jungen Intelligenz“³ fokus-

¹ Bei diesem Artikel handelt es sich um eine gekürzte Fassung einer 2011 als Buch erschienenen Arbeit: David Templin, „Lehrzeit – keine Leerzeit!“ Die Lehrlingsbewegung in Hamburg 1968–1972, München/Hamburg 2011.

² Im Folgenden beziehe ich mich in der Regel auf Personen aller Geschlechter, auch wenn ich aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit lediglich die männliche Form verwenden werde.

³ Vgl. Michael Schmidke, *Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA*, Frankfurt a. M. u. a. 2003. Manfred Görtemaker sieht in der „68er-Bewegung“ das „Aufbegehren von Angehörigen des Bildungsbürgertums bzw. der Mittelschicht“ (Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 476). Der Politikwissenschaftler Michael Kimmel behauptet sogar, dass „die studentische Jugend alleiniger Träger des Protests blieb, während andere Gleichaltrige in Apathie verharrten“ (Michael Kimmel, *Studentenbewegungen der 60er Jahre. Frankreich, BRD und USA im Vergleich*, Wien 1998, S. 16). Wolfgang Kraushaar weist immerhin darauf hin, dass „auch die Schüler und Lehrlinge von der Bewegung erfaßt

siert, in der die zentrale Trägergruppe der 68er-Bewegungen gesehen wurde. Dass auch Lehrlinge und junge Arbeiter Teil hatten am politischen Aufbruch, der Ende der 1960er Jahre vor allem die Jugend ergriff und sich in Protestaktionen, gegenkulturellen Praxen und politischer Organisierung niederschlug, wird mittlerweile kaum noch wahrgenommen. Wenn auch nur in einer Minderheit, so war doch spätestens seit Mitte 1968 feststellbar, dass die politische und kulturelle Revolte nicht nur eine Sache der Studenten und Gymnasiasten war, sondern sich auch auf Auszubildende und proletarische Jugendliche ausweitete. Durch Presseberichte wie Gewerkschaftsprotokolle geisterte 1969 die „Unruhe der Lehrlinge“, man fürchtete ein Übergreifen der Studentenbewegung auf den Teil der Jugend, dessen „Ruhe und Ordnung“ man in den Jahren 1967 und auch 1968 noch öffentlich gelobt hatte.⁴ Im Schatten der anti-autoritären Revolte bildete sich seit Ende des Jahres 1968 eine eigene Lehrlingsbewegung heraus. Lehrlinge thematisierten – von Studenten, jungen Gewerkschaftern oder Berufsschullehrern unterstützt – ihre Ausbildungssituation und brachten sie mit Protesten an die Öffentlichkeit. In diesen artikulierte sich unter den spezifischen Bedingungen von Auszubildenden eine Ende der 1960er Jahre unter der Jugend verbreitete „Unruhe“, ein politisches und gegenkulturelles Aufbegehren. Hamburg bildete eines der Zentren dieser Bewegung und spielte für ihre bundesweite Entwicklung eine wichtige Rolle. Ihren Höhepunkt erreichte die Protestbewegung in den Jahren zwischen 1969 und 1971, um seit 1971/72 langsam zu zerfallen.

In der historischen Forschung hat die Bewegung der Lehrlinge und jungen Arbeiter bisher kaum Aufmerksamkeit gefunden.⁵ Die

wurden“ (Wolfgang Kraushaar, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000, S. 31).

⁴ Süddeutsche Zeitung, 7./8. Juni 1969, S. 4; Hans-Jürgen Haug und Hubert Maessen, Was wollen die Lehrlinge?, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1972, S. 9.

⁵ In jüngster Zeit hat sich Knud Andresen dem Thema zugewandt (Knud Andresen, „Ausbildung ja – Bierholen nein“. Drei Formen des Lehrlingsprotestes 1969/70, in: Zeitgeschichte in Hamburg 2008, hrsg. von Forschungsstelle für Zeitgeschichte

vorhandenen Darstellungen der Lehrlingsbewegung entstammen größtenteils den 1970er und frühen 1980er Jahren. Dabei kommt den Publikationen von Reinhard Crusius und Manfred Wilke, die als gewerkschaftlich organisierte Studenten in Hamburg Lehrlingspolitik betrieben und zwischen 1971 und 1982 mehrere Bücher, Broschüren und Aufsätze veröffentlichten, eine zentrale Bedeutung zu.⁶ Der Begriff „Lehrlingsbewegung“ tauchte bereits in zeitgenössischen Veröffentlichungen um 1970 auf, ist aber dennoch nicht unumstritten geblieben. Laut Reinhard Crusius bürgerte sich der Begriff seit 1969 in Analogiebildung zu den Begriffen „Schülerbewegung“ und „Studentenbewegung“ ein, um politische Aktivitäten von Lehrlingen zum Thema Berufsausbildung zu bezeichnen.⁷ Bereits in zeitgenössischen Schriften war stattdessen der Begriff „Arbeiterjugendbewegung“ verwendet worden, unter anderem von der 1968 gegründeten Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), die sich selbst als Interessenvertreterin der Arbeiterjugend sah. Auch in der marxistischen Zeitschrift „Erziehung und Klassenkampf“ wurde 1971 dieser Begriff präferiert, da Lehrlinge nur ein „Teil des jugendlichen Proletariats“ seien.⁸ Zwar engagierten sich auch junge Arbeiter und Angestellte (ebenso wie Studenten) in der

in Hamburg [FZH], Hamburg 2009, S. 55–69; ders., Die bundesdeutsche Lehrlingsbewegung von 1968 bis 1972. Konturen eines vernachlässigten Phänomens, in: Peter Birke / Bernd Hüttner / Gottfried Oy (Hg.), *Alte Linke – Neue Linke? Die sozialen Kämpfe der 1968er Jahre in der Diskussion*, Berlin 2009, S. 87–107; ders., *The West German Lehrlingsbewegung, 1969–1972. Why there is no ‘68er generation’ of young workers*, in: Anna von der Goltz (Hg.), *‘Talkin’ ‘bout my generation’. Conflicts of generation building and Europe’s ‘1968’*, Göttingen 2011, S. 216–229.

⁶ Reinhard Crusius / Manfred Wilke, *Jugend ohne Beruf – Gewerkschaft ohne Jugend? Gewerkschaftliche Jugend- und Berufsbildungspolitik von 1977 bis 1981*, Frankfurt a. M. 1981; Reinhard Crusius, *Berufsbildungs- und Jugendpolitik der Gewerkschaft. Struktur und Verlauf bei DGB und einigen Einzelgewerkschaften 1945–1981*, Frankfurt a. M. u. a. 1982.

⁷ Crusius, *Berufsbildungs- und Jugendpolitik der Gewerkschaft* (wie Anm. 3), S. 158 ff.

⁸ Christoph Hübner, Manfred Reichelt, Lutz von Werder, *Neuere Literatur zur Entwicklung der Arbeiterjugendbewegung von 1968–1971*, in: *Erziehung und Klassenkampf*, 3/1971, S. 56; *Elan*, 4/1972, S. 18.

Bewegung, aber im Zentrum der politischen Praxis der Bewegung stand die Situation der beruflichen Ausbildung und der Protest gegen diese, weshalb im folgenden der Begriff „Lehrlingsbewegung“ verwendet werden soll.

1. Kontexte und Entstehungsbedingungen

Eine in weiten Teilen noch von traditionellen Erziehungsvorstellungen und autoritären Mustern geprägte Berufsausbildung wurde im Übergang von den 1960er zu den 1970er Jahren mit einer Generation jugendkulturell geprägter und mehr oder weniger stark politisierter Lehrlinge konfrontiert. Das System der beruflichen Bildung in der Bundesrepublik war (und ist bis heute) geprägt durch das sogenannte duale System der Ausbildung in Betrieb und Berufsschule, wobei die Berufsschule, in der der Lehrling ein Fünftel seiner Ausbildungszeit verbrachte, eher begleitenden Charakter hatte. Eine Lehre dauerte in der Regel drei Jahre, das Eintrittsalter lag zwischen dem 14. und dem 17. Lebensjahr. Von den 1,3 Millionen Lehrlingen, die es 1968 in der Bundesrepublik gab – darunter etwa 40.000 in Hamburg –, waren 35 Prozent im Handwerk beschäftigt und 65 Prozent in Industrie und Handel.⁹ Der größte Teil davon wurde in Klein- und Mittelbetrieben ausgebildet, wo die Ausbildungssituation in der Regel schlechter aussah als in Großunternehmen.¹⁰ Zuständig für die betriebliche Ausbildung, die Bestimmung von Ausbildungsmethoden und -zielen, die Abnahme von Prüfungen und die Kontrolle der Betriebe waren (und sind) die Industrie- und Handels- sowie die Handwerkskammern, die zwar

⁹ Haug / Maessen, Was wollen die Lehrlinge? (wie Anm. 4), S. 67; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, hg. von Statistisches Bundesamt, Stuttgart 1969, S. 131; Statistisches Jahrbuch 1968/69, hg. von Statistisches Landesamt. Freie und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1969, S. 103; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, hg. von Statistisches Bundesamt, Stuttgart 1971, S. 132.

¹⁰ Der Spiegel, Nr. 18 vom 27. April 1970, S. 57; Haug / Maessen, Was wollen die Lehrlinge? (wie Anm. 4), S. 75, 97.

als Körperschaften öffentlichen Rechts organisiert waren, aber faktisch Organe der Unternehmer darstellten. Die Mitbestimmung der Gewerkschaften beschränkte sich bis 1969 auf die Beteiligung an den beratend wirkenden Berufsausbildungsausschüssen.¹¹ Im Handwerk wurde die Lehre traditionell als „Erziehungsverhältnis mit arbeitsrechtlichem Einschlag“¹² verstanden, die Auszubildenden sollten zu Arbeitsamkeit, Fleiß, Tüchtigkeit, Ehrlichkeit und bürgerlichen Tugenden erzogen werden. Solche Vorstellungen waren in den 1960er Jahren, in denen sich die Gesellschaft dynamisch modernisierte und einen tiefgreifenden Wertewandel durchmachte, immer weniger zeitgemäß. In der Ausbildung dominierten in vielen Fällen autoritäre Methoden, teilweise wurde auch körperliche Gewalt, zum Beispiel in Form von Schlägen, eingesetzt.¹³ Üblich war die Beschäftigung von Lehrlingen mit Tätigkeiten, die nicht zur Berufsausbildung im engeren Sinne gehörten – Bierholen, Fegen oder Privatarbeiten für den Meister. Die gesetzlichen Regelungen zur Berufsausbildung bestanden aus zahlreichen veralteten Bestimmungen, darunter der seit 1869 gültigen Reichsgewerbeordnung, dem Bürgerlichen Gesetzbuch, dem Handelsgesetzbuch und der Handwerksordnung von 1953. Von den Gewerkschaften bereits seit 1918 erhobene Forderungen nach einer gesetzlichen Regelung der Berufsausbildung konnten sich auch in der Nachkriegszeit zunächst nicht durchsetzen.

Viele der Lehrlinge, die Ende der 1960er Jahre ihre Ausbildung begannen, waren geprägt von einer sich mit der Entfaltung der Massenkongumgesellschaft herausbildenden Jugendkultur, die zunehmend oppositionelle Züge annahm. In der APO, der Schüler- und der Studentenbewegung kulminierte seit 1967 eine steigende Politisierung der jüngeren Generation. Statistische Erhebungen ka-

¹¹ Ebd., S. 67 f.; Crusius / Wilke, Jugend ohne Beruf – Gewerkschaft ohne Jugend? (wie Anm. 6), S. 41.

¹² So Joseph Wild, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, in einem Interview (Der Spiegel, Nr. 32 vom 3. August 1970, S. 64). Vgl. auch Haug / Maessen, Was wollen die Lehrlinge? (wie Anm. 4), S. 68 ff.

¹³ Ebd., S. 75 f.

men um 1968 zwar noch zu dem Schluss, dass berufstätige Jugendliche politisch erheblich weniger interessiert seien als Studenten und Gymnasiasten.¹⁴ Diese Situation sollte sich aber im Laufe der folgenden Jahre ändern. Dass das politische Interesse junger Berufstätiger im Vergleich zu den Studierenden mit zeitlicher Verzögerung anstieg, belegt eine bundesweite Umfrage, in der die Bereitschaft, an einer Demonstration teilzunehmen, mit nur 16 Prozent 1968/69 und bereits 27 Prozent 1972 angegeben wurde.¹⁵ Eine Hamburger Umfrage von 1970 ergab noch höhere Werte: 46 Prozent der befragten Lehrlinge erklärten, dass sie sich „wahrscheinlich“ oder „ganz sicher“ an einer Demonstration gegen die Missstände in der Berufsausbildung beteiligen würden, weitere 28 Prozent hielten dies zumindest für möglich.¹⁶ Die Zahlen verdeutlichen, dass die Veränderungseuphorie und der Wille zur politischen Aktivität um 1969/70 auch die nicht-akademische Jugend, die sich in der Ausbildung befand, erreicht hatten. Etwa seit April 1968 hatte der Zustrom junger Arbeiter, Angestellter und Auszubildender bereits eine neue soziale Zusammensetzung der bisher studentisch geprägten Protestbewegung mit sich gebracht. Die Aktionen und Impulse der APO stießen auch über die individuelle Beteiligung einzelner Lehrlinge hinaus auf Resonanz bei der Jugend in den Be-

¹⁴ Wulf Schönbohm, Linksradikale Gruppen im Lehrlingsbereich, in: aus politik und zeitgeschichte. beilage zur wochenzeitung das parlament, B 51/72, 16. Dezember 1972, S. 3 f.; Detlef Siegfried, Vom Teenager zur Pop Revolution. Politisierungstendenzen in der westdeutschen Jugendkultur 1959 bis 1968, in: Axel Schildt / Detlef Siegfried / Karl Christian Lammers, Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 621; Viggo Graf Blücher, Die Unruhe in der Jugend und das Generationsverhältnis, in: deutsche jugend, Heft 3, März 1969, S. 114, 119, 122. Laut einer Blitzumfrage des „Spiegel“ sympathisierten jedoch bereits im Februar 1968 65 Prozent der Berufsschüler mit den Protesten; 55 Prozent gaben an, sogar selbst auf die Straße gehen zu wollen (Der Spiegel, Nr. 7 vom 12. Februar 1968, S. 31).

¹⁵ Detlef Siegfried, Time Is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006, S. 445.

¹⁶ Wilfried Laatz, Berufswahl und Berufszufriedenheit der Lehrlinge (Hamburger Lehrlingsstudie der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Bd. 3), München 1974, S. 216.

trieben, antiautoritäre Einstellungen verbreiteten sich.¹⁷ Studenten des SDS reagierten seit Mitte 1968 mit einer politischen Neuausrichtung der Bewegung, neben Agitationsversuchen im Proletariat oder unter „Randgruppen“ wurde auch die Arbeit mit Lehrlingen zu einem eigenständigen Praxisfeld. Auch innerhalb der Gewerkschaftsjugend – der traditionellen Interessenvertretung Auszubildender – hatte der Wandel der politischen Kultur und Wertorientierungen seinen Niederschlag gefunden. Auf Jugendkonferenzen des Jahres 1968 machte sich ein gesteigertes politisches Bewusstsein ebenso wie eine Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen und Autoritäten bemerkbar. Mit Blick auf die Unruhen an Schulen und Universitäten verstärkte sich auch die „Ungeduld“ junger Gewerkschafter, der Ruf nach Aktionen wurde laut.¹⁸ Unter Lehrlingen verstärkt einsetzende Prozesse der Infragestellung betrieblicher Autoritäts- und Ausbildungsverhältnisse trafen damit in antiautoritären und linkssozialistischen Studenten ebenso wie in jungen Gewerkschaftern auf organisierte Aktivist:innen, die gewillt waren, auch die berufliche Bildung in den Fokus der Proteste zu nehmen.

2. „Lehrlingsunruhe“ im Ausklang der antiautoritären Revolte

Erste sichtbare Proteste Hamburger Lehrlinge fanden bereits Anfang des Jahres 1968 statt. Parallel zu Protestaktionen gegen Fahrpreiserhöhungen in Bremen und Kiel organisierten Lehrlinge in Hamburg eine Kampagne, um eine bis dahin nur Studenten und Schülern zustehende Fahrpreisermäßigung für öffentliche Verkehrsmittel durchzusetzen. Eine von einem Aktionskomitee orga-

¹⁷ Vgl. einen entsprechenden Erfahrungsbericht von Lehrlingen in: Durag-Betriebsgruppe, Lehrlingskampf in den Betrieben. Theorie und Praxis der Lehrlings-Betriebsgruppenarbeit, Offenbach / Hamburg 1971, S. 22.

¹⁸ Vgl. u. a. die Debatten auf der Bundesjugendkonferenz des DGB (Protokoll, 7. Bundes-Jugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 22. und 23. November 1968, Braunschweig Stadthalle, Düsseldorf o. J.).

nisierte und von 19.298 Lehrlingen unterschriebene Petition an die Bürgerschaft löste eine öffentliche Debatte in der Stadt aus. Der betont friedliche Protest war erfolgreich, im März 1968 wurde eine Lehrlingskarte eingeführt. Die aktiven Lehrlinge verstanden ihren Protest als praktische Form der Demokratie und grenzten sich scharf von „Krawallen“ ab, was dazu führte, dass ihr Vorgehen von Presse, Senat und Parteien als vorbildlich dargestellt wurde.¹⁹ Während in dieser Kampagne die Ausbildungssituation nur am Rande zum Thema wurde, änderte sich dies mit einer Aktion am 25. September 1968, die als eigentlicher Auftakt der Lehrlingsbewegung in Westdeutschland gilt. Bei der Freisprechungsfeier von 3.500 kaufmännischen und gewerblichen Lehrlingen im Festsaal der Handelskammer ließen Jugendliche Flugblätter, auf denen die Berufsausbildung kritisiert wurde, von der Balustrade in den Saal „regnen“. Die zentralen Kritikpunkte betrafen die mangelnde Qualität von Berufsberatung, Ausbildung und Berufsschulen, aber auch die Rechtsstellung der Lehrlinge und ihren Einsatz als „Hilfsarbeiter“. Es wurde gefordert, die Berufsausbildung zur öffentlichen Aufgabe zu machen. Zwar entstand unter der Masse der Lehrlinge zunächst eine gewisse Unruhe. Der Handelskammer gelang es aber, die Lage im Saal zu entschärfen, indem sie mit den Lehrlingen sofort im Anschluss an die Feier ein Gespräch arrangierte und Gesprächsbereitschaft betonte. Wie war es zu dieser Störaktion gekommen? Initiatoren waren einige Maschinenschlosserlehrlinge aus der Firma Heidenreich & Harbeck, die die Aktion geplant und sich an gewerkschaftlich organisierte Studenten, Mitglieder der Gewerkschaftlichen Studentengruppe (GSG), gewandt hatten, mit denen zusammen sie das Flugblatt entwarfen. Auch die Aufgabe, die Flugblätter in den Saal zu werfen, übernahmen die Studenten der GSG.²⁰ Die Form des Protests knüpfte direkt an das Vorbild stu-

¹⁹ Hamburger Abendblatt, 12. Februar 1968, S. 5; ebd., 15. Februar 1968, S. 3; ebd., 16. Februar 1968, S. 7; ebd., 7. März 1968, S. 4; ebd., 16./17. März 1968, S. 3; ebd., 19. März 1968, S. 4.

²⁰ Reinhard Crusius / Oskar Söhl / Manfred Wilke, Theorie und Praxis gewerkschaftlicher Lehrlingsarbeit, Offenbach / Hamburg 1971, S. 6 f., S. 45 f.; Arbeiterju-

dentischer Aktionen an, Veranstaltungen des politischen Gegners in Podien für Protest und eigene Kritik „umzufunktionieren“. Ausgangspunkt der Lehrlingsbewegung war in Hamburg also zum einen die eigenständige Initiative eines kleinen Kerns aktiver Lehrlinge, zum anderen aber schon zu Beginn die Zusammenarbeit mit Studenten, an deren Protestformen man sich orientierte und die wichtige intellektuelle Hilfestellungen leisteten. In den folgenden Wochen bildete sich unter anderem aus Vertretern der Gewerkschaftsjugend, der GSG und der SDAJ eine erste Form der Organisation heraus, die „Arbeitsgemeinschaft der Lehrlinge für eine bessere Berufsausbildung“. Diese organisierte zum 8. November 1968 die erste Lehrlingsdemonstration, bei der zwischen 500 und 1.000 Jugendliche durch die Innenstadt zogen.²¹ Hier versuchten auch SDS-Studenten und Linksradikale zu agitieren, ein „Anarcho-Kollektiv“ hatte im Vorfeld „Rocker und Lehrlinge“ dazu aufgerufen, zusammen zu agieren: „Schmeißt die Bullen in den Bach, denn heute ist ihr Badetag“.²²

Um die Jahreswende 1968/69 entwickelte sich parallel zu den letzten größeren Unruhen an den Universitäten ein Prozess, der zeitgenössisch teilweise als Ausdehnung der „Unruhe der jungen Generation“ auf junge Arbeiter und Lehrlinge wahrgenommen wurde. Es gab bundesweit eine sprunghafte Zunahme von Aktionen gegen die Zustände in der Ausbildung, Demonstrationen wurden durchgeführt und Gruppen gründeten sich. Reinhard Crusius rekapitulierte die Zunahme der Aktivitäten in diesem Zeitraum wie folgt: „Nach der [...] Phase schwer zu datierender und zu qualifizierender politischer ‚Gärungsprozesse‘ bei den Lehrlingen in der

gend kontra Monopole, hg. vom Bundesvorstand der SDAJ, Dortmund 1970, S. 11; was tun, 28. Oktober 1968, S. 10.

²¹ Crusius / Söhl / Wilke, Theorie und Praxis (wie Anm. 20), S. 6; Arbeiterjugend kontra Monopole (wie Anm. 20), S. 9–12; Hamburger Abendblatt, 7. November 1968, S. 6.

²² Flugblatt „Rocker! Lehrlinge!“, Hamburg, undatiert, in: Das Leben ändern, die Welt verändern! 1968. Dokumente und Berichte, hg. von Lutz Schulenburg, Hamburg 1998, S. 350 f.

Bundesrepublik gab es Ende 1968/Anfang 1969 ein so massives Auftreten von bis dahin von seiten der Lehrlinge unbekannter politischer Aktivitäten, daß man hier getrost von einem historischen Einschnitt sprechen darf.²³ Diese Entwicklung wurde im Laufe des Jahres 1969 auch in der Presse und den Gewerkschaften registriert, Zeitungen sprachen von einem „Aufstand der Lehrlinge“, der „Rebellion der Stifte“ oder der „Unruhe der Lehrlinge“.²⁴

Einen bundesweiten Ausdruck fanden die sich herausbildenden Ansätze einer Lehrlingsbewegung in der Mobilisierung gegen das von der Großen Koalition geplante Berufsbildungsgesetz. Zuvor hatten die Gewerkschaften vor einer mit den Studentenprotesten vergleichbaren Entwicklung unter den Lehrlingen gewarnt und teilweise gezielt eine solche „Drohkulisse“ gezeichnet, um den Ruf nach Reformen zu unterstreichen.²⁵ Die Forderungen des DGB zielten primär darauf, die Berufsausbildung zur öffentlichen Aufgabe zu erklären, die betriebliche Ausbildung stärker zu kontrollieren und die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmern und Jugendlichen zu erweitern. Ähnliche Reformvorschläge wurden in einem Gutachten des Deutschen Bildungsrates vom Januar 1969 gemacht. Die außerparlamentarische Mobilisierung gegen das geplante Berufsbildungsgesetz wurde maßgeblich von der SDAJ getragen, deren Bundesvorstand im Dezember 1968 den „Kampf um eine einheitliche, fortschrittliche Berufsausbildung“ zum politischen Schwerpunkt erklärt hatte.²⁶ Bundesweite Medienresonanz erfuhr eine spektakuläre Aktion, die die SDAJ am 14. März 1969 in Ham-

²³ Crusius, Berufsbildungs- und Jugendpolitik (wie Anm. 6), S. 162.

²⁴ Stern, Nr. 15 vom 13. April 1969, S. 1; Süddeutsche Zeitung, 7./8. Juni 1969, S. 4; Metall, Nr. 7 vom 1. April 1969, S. 2; aufwärts, 15. Januar 1969, S. 3; ebd., 15. März 1969, S. 8; Der Spiegel, Nr. 12 vom 17. März 1969, S. 65.

²⁵ So trug ein Anfang 1969 erschienenes DGB-Prospekt zur beruflichen Bildung den Titel „Heute die Studenten – morgen die Lehrlinge“: Haug / Maessen, Was wollen die Lehrlinge? (wie Anm. 3), S. 152–157. Vgl. auch aufwärts, 15. Januar 1969, S. 3.

²⁶ SDAJ-Info, Nr. 4/68 vom 20. Dezember 1968, S. 5–7, in: Archiv des Hamburger Institut für Sozialforschung [künftig zitiert: HIS-Archiv], Bestand SDAJ, II 7A Infodienst BV.

burg durchführte. In einem symbolischen „Arbeiterjugendgericht“ saßen Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte über Konzernchefs und die Bundesregierung zu Gericht. Lehrlinge aus verschiedenen Betrieben traten als „Zeugen“ auf und berichteten von berufs fremden Tätigkeiten und Ausbildungsmissständen, Jugendvertreter waren als „Sachverständige“ geladen. Ein sechzehnköpfiges Gericht sprach unter Beifall des Publikums die Angeklagten schuldig. Musikalisch untermalt wurde die Veranstaltung von Arbeiterliedern und Beatmusik.²⁷

Am 9. Mai 1969 gelangte der bis dahin geheim gehaltene Entwurf der Bundesregierung zu einem Berufsbildungsgesetz an die Öffentlichkeit. Nachdem bereits am 25. April in mehreren Städten über 5.000 Menschen für eine bessere Berufsausbildung auf die Straße gegangen waren, wurde nun vom DGB für den 7. Juni zu einer Großkundgebung nach Köln mobilisiert. Mit etwa 10.000 Teilnehmern wurde diese zur größten Manifestation der Lehrlingsbewegung in der Bundesrepublik. Der Unmut richtete sich dabei nicht nur gegen das geplante Gesetz, sondern auch gegen die DGB-Führung, die einen von der Bewegung und auch der Gewerkschaftsjugend präferierten „Sternmarsch auf Bonn“ verhindert hatte.²⁸ Trotz der Proteste wurde das Berufsbildungsgesetz am 12. Juni 1969 verabschiedet. Neun Tage später trugen Aktivisten der SDAJ in einer symbolischen Aktion die weiterhin gültige Reichsgewerbeordnung von 1869 in der Hamburger Innenstadt zu Grabe.²⁹

Für die Entwicklung der Lehrlingsproteste in Hamburg spielten jedoch weniger die Proteste gegen das Berufsbildungsgesetz, sondern vielmehr die Ereignisse des 1. Mai 1969 eine entscheidende

²⁷ Elan, 4/1969, S. 1, S. 15–25; Der Spiegel, Nr. 12 vom 17. März 1969, S. 65; Haug / Maessen, S. 120–125.

²⁸ Haug / Maessen, Was wollen die Lehrlinge? (wie Anm. 3), S. 144–151; Elan, 7/1969, S. 10–13; APO-Press, Nr. 11 vom 16. Juni 1969, S. 13; Gewerkschafts-Spiegel, Nr. 17 vom 21. Juni 1969, S. 1; Metall, Nr. 13 vom 24. Juni 1969, S. 5.

²⁹ Haug / Maessen, Was wollen die Lehrlinge? (wie Anm. 3), S. 159; Rechenschaftsbericht SDAJ Hamburg 1969–71 zur Landeskonferenz 12./13. Juni 1971, S. 11, in: HIS-Archiv, Bestand SDAJ, Ordner unbeschriftet.

Rolle. Antiautoritäre Gruppen aus der APO, darunter das Sozialistische Lehrlingszentrum (SLZ), hatten bereits Tage zuvor Störungen der DGB-Kundgebung vorbereitet. Kritisiert wurden die Gewerkschaften – so ein Vorwurf der Arbeitsgemeinschaft Junger Gewerkschafter (AJG) – für ihre „Politik der Verschleierung von Klassengegensätzen“. Der DGB habe aus dem 1. Mai ein „inhaltlose[s] Volksfest“ gemacht.³⁰ Am Tag selbst zogen 3.000 APO-Anhänger in einem Demonstrationszug von der Universität zum Rathausmarkt und sickerten in kleinen Gruppen in die von 9.000 Menschen besuchte DGB-Kundgebung. Die Störung durch Sprechchöre, fliegende Farbbeutel und Leuchtraketen sollte ein Ausmaß annehmen, das die lokale Presse vom „heißesten“ 1. Mai, den Hamburg bisher erlebte“, sprechen ließ.³¹ Der DGB-Kreisvorstand reagierte am Tag darauf mit einer Presseerklärung, in der der „Terror“ der APO verurteilt und jeglicher Zusammenarbeit eine Absage erteilt wurde. Gleichzeitig wurde eine außerordentliche Versammlung der Betriebs- und Personalräte für den 6. Mai einberufen, um den Kurs des DGB gegenüber weiteren Störaktionen zu klären. Aber auch die Studenten der GSG meldeten sich zu Wort und forderten einen Kurswechsel in der Gewerkschaftspolitik ein. Argumentiert wurde damit, dass die Gewerkschaften durch Versäumnisse auf dem Gebiet der Jugendpolitik junge Arbeiter, Schüler und Auszubildende in „eine unfruchtbare Radikalität“ getrieben hätten.³² Die GSG-Studenten nutzten mit ihrer Intervention eine von radikaleren APO-Gruppen geschaffene Situation der Zuspitzung aus, um in den Gewerkschaften eine neue Jugendpolitik durchzusetzen. Ihrer Forderung nach einem „jugendpolitischen Sofortprogramm“ schloss sich die Betriebs- und Personalrätekonferenz an. In der Folge setzte ein Umdenken im Kreisvorstand des DGB ein, die Gewerkschaftsführung versuchte auf die Anzeichen

³⁰ AJG/SLZ-Info-Paper, Mai 1969, S. 5, in: Staatsarchiv Hamburg [künftig zitiert: StaHH] 136-3 425. Zur Diskussion im Vorfeld vgl. auch APO-Press, Nr. 7 vom 21. April 1969, S. 1 f.

³¹ Hamburger Abendblatt, 2. Mai 1969, S. 3.

³² Ebd., 3./4. Mai 1969, S. 2.

einer Legitimationskrise der Gewerkschaften unter jungen Arbeitern und Lehrlingen, die sich am 1. Mai offenbart hatten, zu reagieren. Am 5. August 1969 wurde ein von GSG-Studenten und Jugendfunktionären ausgearbeitetes Sofortprogramm angenommen, das im Kern die Einrichtung eines offenen Treffens, eines „Jour fix“ in der Jugendetage des Gewerkschaftshauses vorsah. Damit war der Grundstein für eine – wenn auch keineswegs konfliktfreie – Integration der Lehrlingsproteste in die Gewerkschaften gelegt.

3. Organisierte Akteure in der Bewegung

Die Lehrlingsbewegung in Hamburg war kein eigenständiger Akteur und besaß zunächst kein klares organisatorisches Zentrum, sondern setzte sich aus einem heterogenen Spektrum von Gruppen zusammen, die unterschiedliche politische Strategien verfolgten.

Eine wichtige Rolle spielte die Gewerkschaftliche Studentengruppe (GSG) an der Akademie für Wirtschaft und Politik, einer Einrichtung des Zweiten Bildungsweges. Aktivisten aus dieser bereits in Protesten gegen den Vietnamkrieg und der Hochschulrevolte präsenten Gruppe bemühten sich früh um eine Zusammenarbeit mit Lehrlingen. Dabei wirkten vor allem Reinhard Crusius und Manfred Wilke (beide 1941 geboren) als politische Organisatoren und intellektuelle Stichwortgeber. Ihr theoretischer Ausgangspunkt war eine marxistische Gesellschaftskritik mit Bezugnahme auf trotzkistische Theoretiker wie Ernest Mandel. Davon ausgehend, dass Lehrlinge einen besonders unterdrückten Teil der Arbeiterklasse bildeten und die Gewerkschaften die organisatorische Vertretung der Arbeiterklasse darstellten, plädierten sie für ein Verständnis der „Lehrlingsbewegung als Teil einer antikapitalistischen Gewerkschaftsstrategie“.³³ Praktisch bedeutete das, politische Strukturen der sich herausbildenden Lehrlingsbewegung in die Gewerkschaften zu integrieren – alles andere war aus Sicht von Crusi-

³³ Crusius / Söhl / Wilke, Theorie und Praxis (wie Anm. 20), S. 13.

us und Wilke „Sektierertum“.³⁴ Mit dieser Integrationsperspektive verfolgten sie aber zugleich das Ziel, eine neue Gewerkschaftspolitik durchzusetzen: „der Kampf der Lehrlinge *mit* den Gewerkschaften [wird und muss] gleichzeitig auch ein Kampf *in* den Gewerkschaften sein“.³⁵ Für die Gruppe um Crusius hieß das, den Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie und für „innergewerkschaftliche Demokratie“ aufzunehmen, um die Gewerkschaften perspektivisch gesehen in „autonome, kämpferische Interessenvertretungen“ mit einer antikapitalistischen Ausrichtung umzuwandeln:³⁶ „Es bleibt also nur der antikapitalistische Kampf an zwei Fronten: *gegen* die Kapitalisten und *für* Gewerkschaftsdemokratie, um die Gewerkschaften zu einem Instrument des Kampfes zu machen. Diesen doppelten Interessenkampf haben nicht nur die Lehrlinge zu führen, aber sie aus verschiedenen Gründen zuerst.“³⁷ Einen dritten Aspekt ihrer Lehrlingspolitik stellte das Eintreten für eine offene Jugendarbeit innerhalb der Gewerkschaften dar, die sie – deutlich beeinflusst von den antiautoritären Ideen der Studentebewegung – unter dem Stichwort „Selbstorganisation“ propagierten.

Neben der GSG orientierte auch die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) auf die Gewerkschaftsarbeit. Der im Mai 1968 gegründete kommunistische Jugendverband bildete faktisch die Jugendorganisation der DKP, die sich offiziell erst im April 1969 konstituierte. Beide Organisationen orientierten sich am offiziellen Marxismus-Leninismus der DDR, deren Staats- und Gesellschaftsordnung als Vorbild diente. Hamburg bildete eine der Hochburgen der SDAJ, so scheint die Organisation bereits 1969 mehrere hun-

³⁴ Ebd., S. 19.

³⁵ Ebd., S. 19 (Hervorhebung im Original).

³⁶ Ebd., S. 10.

³⁷ Reinhard Crusius / Manfred Wilke, Gewerkschaftliche Selbstorganisation und emanzipatorische Berufsausbildung. Erster Teil: Zur Begründung des gewerkschaftlichen Lehrlingskampfes, in: deutsche jugend. Zeitschrift für Jugendfragen und Jugendarbeit, Heft 9, September 1971, S. 402 (Hervorhebung im Original).

dert, in der Regel sehr junge Mitglieder gehabt zu haben.³⁸ Die SDAJ verstand sich als Organisation der Arbeiterjugend, als deren „konsequente Interessenvertreterin“ sie sich zu profilieren versuchte. In der Mitarbeit in der Gewerkschaftsjugend sah die Organisation ein zentrales Betätigungsfeld. Als Hauptgegner galten das „Monopolkapital“ und die „Konzernherren“, die für die Situation der Berufsausbildung verantwortlich gemacht wurden.³⁹ Der SDAJ gelang es über ihre Aufstellung als bundesweit organisierter Akteur und ihre feste politische Linie rasch an Einfluss zu gewinnen, sich aktivierend in die im Entstehen begriffende Lehrlingsbewegung einzuschalten und zahlreiche Lehrlinge und junge Arbeiter zu integrieren.

Im Gegensatz zur orthodox marxistisch ausgerichteten SDAJ orientierten sich Gruppen wie das Sozialistische Lehrlingszentrum (SLZ), die APO Bergedorf oder die Arbeitsgemeinschaft Junger Gewerkschafter (AJG) an antiautoritären Politikansätzen. Das SLZ war an der Jahreswende 1968/69 aus Agitationsarbeit von SDS-Studenten und anderen Linksradikalen an Gewerbeschulen hervorgegangen. Ein wöchentlicher „Jour fix“ in den Räumen der Universität stand interessierten Lehrlingen offen.⁴⁰ Thematisch konzentrierte sich die Gruppe auf Internationalismus und Betriebsarbeit, eine Anerkennung der Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeiterklasse lehnte das SLZ kategorisch ab. Der gewerkschaftlichen Mitbestimmung wurde die Idee der Selbstbestimmung entgegengestellt.⁴¹ Eine ähnliche politische Ausrichtung wurde von der APO Bergedorf vertreten – einer Stadtteilgruppe, in der ein ei-

³⁸ Allerdings wird es sich bei der Angabe von 700 organisierten Mitgliedern, die der „Spiegel“ für den März 1969 allein für Hamburg anführt, um eine Propagandazahl der SDAJ gehandelt haben (Der Spiegel, Nr. 12 vom 17. März 1969, S. 65).

³⁹ Rechenschaftsbericht SDAJ Hamburg 1969–71 zur Landeskonferenz 12./13. Juni 1971, S. 2, 9, in: HIS-Archiv, Bestand SDAJ, Ordner unbeschriftet.

⁴⁰ APO-Press, Nr. 8 vom 5. Mai 1969, S. 8.

⁴¹ AJG/SLZ-Info-Paper, Mai 1969, S. 2, in: StaHH 136-3 425; APO-Press, Nr. 8 vom 5. Mai 1969, S. 1–4.

gener Lehrlings-Arbeitskreis existierte.⁴² Lehrlinge schlossen sich antiautoritären Gruppen an – so die Nachfolgeorganisation des SLZ in der Rückschau –, „weil sie sich gegen die angemafte Autorität von Elternhaus, Schule und Betrieb auflehnten. [...] Diese [...] Einstellung zeigten sie aber auch gegenüber ihrer eigenen Organisation. Termine wurden nicht eingehalten, eine funktionsfähige Organisation gab es nicht, ein einheitliches Programm konnte nicht erarbeitet werden.“⁴³ Der Spagat zwischen Verweigerung und Gegenkultur auf der einen und effizienter politischer Arbeit und Organisierung auf der anderen Seite war nicht leicht zu bewältigen.

4. Kritik an der Berufsausbildung

Konstitutiv für jede soziale Bewegung sind spezifische Diskurse, Deutungsmuster und Problemdefinitionen, mit denen die Anliegen der Bewegung thematisiert und an die Öffentlichkeit gebracht werden. Im Fall der Lehrlingsbewegung lässt sich diese kognitive Dimension in einer Kritik an der Berufsausbildung festmachen, um die herum sich seit 1968 ein Diskurs entwickelte, der stark von marxistischen und antiautoritären Ideen geprägt war. Obwohl es einen solchen strömungsübergreifenden Diskurs gab, bildete sich aufgrund der zunehmenden Fraktionierungen innerhalb der Bewegung kein festes Programm heraus. Vielmehr zeigten sich sehr deutliche bewegungsinterne Differenzen sowohl in den Forderungen und politischen Implikationen, die aus einer Kritik am System der Berufsausbildung gezogen wurden, wie auch an grundsätzlichen Fragen politischer Organisierung und strategischer Ausrichtung.

Das Kernanliegen der Lehrlingsbewegung war die Situation der Berufsausbildung, vor allem in den Betrieben. Dabei wurde den Missständen, die mittels Aktionen, Demonstrationen und Publika-

⁴² APO-Press, Nr. 16 vom 1. September 1969, S. 19–21.

⁴³ Einheit Kritik Einheit, Nr. 1 vom Juli 1970, S. 1, in: Archiv der Zeitung „ak. Analyse und Kritik“, Hamburg [künftig zitiert: ak-Archiv], Bestand SALZ, 2.

tionen an die Öffentlichkeit gebracht wurden, der Wunsch nach einer „guten Ausbildung“ gegenübergestellt. Im Begriff der „Ausbeutung“, mit dem die Situation der Lehrlinge im Betrieb weniger beschrieben als vielmehr bewertet wurde, verdichteten sich stundenlange ausbildungsfremde Tätigkeiten im Betrieb ebenso wie als ungerecht empfundene Erfahrungen mit Meistern und Ausbildern. Die marxistischen Deutungsangebote seitens studentischer und anderer linker Initiatoren wurden von Lehrlingen auch deshalb aufgegriffen, da mit ihnen subjektive Erfahrungen aus den Betrieben thematisiert und artikuliert werden konnten. Dass Lehrlinge anstatt fachlich ausgebildet zu werden, sowohl zu produktiven Arbeiten wie zu völlig ausbildungsfremden Neben- und Hilfsarbeiten herangezogen wurden, machte den Kern der Kritik an der Ausbildungssituation aus. Damit stellte aus Sicht der Bewegung der Lehrling für den Unternehmer nichts anderes als eine billige Arbeitskraft dar: „Der Lehrling [...] ist also den größten Teil der Arbeitszeit an der Produktion für den Profit des Unternehmers beteiligt und mit seinem geringen ‚Vergütungsanspruch‘ eine billige Arbeitskraft.“⁴⁴ Auf Veranstaltungen, in Flugblättern und Lehrlingszeitungen wurden zahlreiche Beispiele angeführt, die den Einsatz von Lehrlingen für Nebenarbeiten wie Ausfegen, Einkaufen, Bierholen oder Privatarbeiten für den Ausbilder dokumentierten. Teilweise wurde anhand von konkreten Berechnungen nachzuweisen versucht, wieviel ein Unternehmer an den vom Lehrling verrichteten Arbeiten verdiente. Die mangelnde Vermittlung von Kenntnissen und Fachwissen in der Ausbildung ebenso wie fehlende Ausbildungspläne oder eine mangelnde Ausbildung der Ausbilder wurden als Folge des Profitstrebens der Unternehmer aufgefasst, die zum Hauptgegner der Bewegung wurden und in zahlreichen Karikaturen oftmals als dick, kahlköpfig und gierig dargestellt wurden. Der Ruf nach einer richtigen, einer guten Ausbildung, die zum zentralen Anliegen der Lehrlingsbewegung wurde und sich in Parolen wie „Lehrzeit – kei-

⁴⁴ LZ, 1/1970, S. 6.

ne Leerzeit“ oder „Ausbeutung nein – Ausbildung ja“ artikulierte,⁴⁵ wurde dabei als antikapitalistische Forderung begriffen, mit der die Lehrlinge ihre Interessen gegenüber den Interessen der Unternehmer stark machten.

Neben der Kritik an ausufernden Hilfs- und Nebenarbeiten, die unter dem Stichwort „Ausbeutung“ gefasst wurden, wurde von der Lehrlingsbewegung auch eine als entwürdigend und autoritär empfundene Behandlung durch Meister und Ausbilder angegriffen. Darin drückte sich das Übergreifen der antiautoritären Revolte auf Teile der Jugend in den Betrieben aus. Von der Studentenbewegung wurde der Topos der „Untertanenfabrik“ übernommen und auf die teilweise noch stark patriarchalisch geprägten Beziehungen im Lehrverhältnis bezogen. So bewerteten Lehrlinge aus der Hamburger Firma Durag 1971 die vom Unternehmen aufgestellten Ziele für die betriebliche Berufsausbildung mit den Worten: „Kurz ausgedrückt heißt das doch nur: Erziehung zum Untertan! [...] [D]ie Unternehmer [wollen] den Menschen zu einer funktionierenden Maschine machen, die ohne Störungen läuft.“⁴⁶ Die Behandlung durch Ausbilder und Meister, die bis hin zu körperlicher Züchtigung reichte, wurde als „Erziehung zur Anpassung“ und „Unterdrückung im Betrieb“⁴⁷ empfunden. In dieser Kritik vermischte sich ein jugendkulturell aufgeladenes, antiautoritäres Aufbegehren mit marxistischen Deutungsmustern. Ein Flugblatttext der Hamburger DGB-Jugend von 1970 macht dies anschaulich deutlich: „Vom ersten Tag an versuchen sie, uns zu ‚Menschen‘ zu erziehen: mit kurzen Haaren und ohne eigene Meinung, mit kurzen Fingernägeln und ohne Selbständigkeit, immer pünktlich, ordentlich, höf-

⁴⁵ Elan, 7/1969, S. 10; ebd., 4/1970, S. 8; ebd., 5/1970, S. 12 f.; Metall, Nr. 23 vom 11. November 1969, S. 6.

⁴⁶ Durag-Betriebsgruppe, S. 9. Zur Zeichnung des Betriebs als „Untertanenfabrik“ bzw. als „Schule des Untertans“ vgl. auch Elan, 9/1968, S. 15; ebd., 3/1969, S. 6 f.

⁴⁷ Crusius / Söhl / Wilke, Theorie und Praxis (wie Anm. 20), S. 14. Vgl. auch LZ, 1/1970, S. 7; Durag-Betriebsgruppe, S. 11; Elan, 3/1969, S. 6 f.

lich, fleißig, ehrerbietig – zum höheren Profit des Unternehmers.“⁴⁸

Die von der Lehrlingsbewegung entwickelten Gegenvorstellungen bewegten sich zwischen konkreten Reformvorschlägen und grundsätzlicher Kapitalismuskritik. Dabei vertraten alle in der Hamburger Bewegung aktiven Gruppierungen sozialistische Vorstellungen und bezogen sich in unterschiedlicher Weise auf „die Arbeiterklasse“ als Bezugspunkt. Im Mittelpunkt konkreter Aktionen stand jedoch in der Regel die Forderung nach Abstellung der gravierendsten Missstände; darüberhinaus war für die Lehrlingsbewegung die Forderung zentral, die berufliche Bildung – mehr oder weniger stark – den Betrieben zu entziehen (in den Worten der Bewegung: „das Ausbildungsmonopol der Unternehmer zu brechen“) und sie zur öffentlichen Aufgabe zu erklären.⁴⁹ Während von gewerkschaftlicher und SDAJ-Seite eine „fortschrittliche Berufsausbildung“ und Mitbestimmung eingefordert wurden, gaben sich stärker antiautoritär ausgerichtete Gruppen radikaler und sprachen wie das SLZ explizit von „der Übernahme der Produktionsmittel“ und dem dafür notwendigen „revolutionären Kampf“.⁵⁰

5. Konfliktreiche Integration in die Gewerkschaft: der Jour fix

Während die Studentenbewegung sich im Sommer 1969 faktisch auflöste, breitete sich die Bewegung der Lehrlinge und jungen Arbeiter in den folgenden zwei Jahren weiter aus, erreichte auch Kleinstädte und konsolidierte sich vor Ort in Hamburg. Reinhard Crusius schätzt die Zahl der um 1970 existierenden Lehrlings- und Jungarbeitergruppen auf 150 bis 200, wobei er sich nur auf gewerk-

⁴⁸ Flugblatt DGB-Jugend Hamburg, April 1970, in: Crusius / Söhl / Wilke, ebd., S. 71.

⁴⁹ Ebd., S. 16.

⁵⁰ AJG/SLZ-Info-Paper, Mai 1969, S. 1 f., 4, in: StaHH 136-3 425.

schaftliche oder gewerkschaftsnahe Gruppen bezieht.⁵¹ Das Hamburger „Jugendpolitische Sofortprogramm“ entfaltete dabei eine bundesweite Ausstrahlungskraft,⁵² zahlreiche gewerkschaftliche Lehrlingszentren gründeten sich.

In Hamburg avancierte der Jour fix der Gewerkschaftsjugend rasch zum Zentrum der Bewegung. Seit dem ersten Treffen am 24. September 1969 erhielt er regen Zulauf. Ende 1969 waren bereits um die 40 Jugendliche am Treffen beteiligt, im März 1970 waren es regelmäßig zwischen 60 und 80 Personen.⁵³ Genutzt wurde der Jour fix hauptsächlich von Lehrlingen, aber auch von bereits berufstätigen jungen Arbeitern und Angestellten. Einem Kern von Studenten der GSG sowie aktiven jungen Gewerkschaftern kam bei den Treffen eine „Initiativfunktion“ zu.⁵⁴ In der Zusammensetzung des Jour fix machten die Studenten zwischen zehn und 30 Prozent der Beteiligten aus.⁵⁵ Ein Bericht des Praktikanten Jürgen Markmann, der dem DGB-Kreisvorstand – nachdem er vier Monate am Treffen teilgenommen hatte – Bericht erstattete, liefert Hinweise auf die zentrale Rolle der Studenten um Crusius und Wilke innerhalb der Gruppe: „[Es] ist zur Kenntnis zu nehmen, daß ideologisch geschulte Persönlichkeiten den Diskussionsverlauf im Jour fix nicht unwesentlich beeinflussen. Allerdings wäre es ein Trugschluß, das Insgesamt der Aktivitäten auf diese ‚Protagonisten‘ zurückzuführen.“⁵⁶ Neben dem zentralen, aber informellen Einfluss

⁵¹ Crusius, Berufsbildungs- und Jugendpolitik (wie Anm. 6), S. 172.

⁵² Vgl. Abschnitt 2 des vorliegenden Textes.

⁵³ Crusius / Söhl / Wilke, Theorie und Praxis (wie Anm. 20), S. 9, 12; LZ, 8/1971, S. 8; Protokoll DGB-Kreisvorstand, 6. Januar 1970, in: Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg [künftig zitiert: FZH-Archiv], 554-1-1; Brief Greese / Deutschland / Crusius an GEW Hamburg, 24. März 1970, in: ebd.; interner Vermerk, undatiert [September 1970], in: ebd.

⁵⁴ Crusius, Berufsbildungs- und Jugendpolitik (wie Anm. 6), S. 164, 181.

⁵⁵ Entsprechende Zahlen über die Beteiligung an den Treffen finden sich in: Protokoll DGB-Kreisvorstand, 6. Januar 1970, in: FZH-Archiv, 554-1-1; Brief DGB Hamburg an Kreisvorstand-Mitglieder, 26. Mai 1970, in: ebd.

⁵⁶ Berichtsvorlage Markmann für DGB-KV-Sitzung am 30. Juni 1970, in: FZH-Archiv, 554-1-1.

der GSG-Studenten wurde der Jour fix ständig betreut vom Jugendbildungsreferenten des DGB, bei dem neben den Jugendsachbearbeitern der Einzelgewerkschaften offiziell die Verantwortung für das Treffen lag.⁵⁷

Die Struktur des Jour fix bestand zunächst nur aus einem offenen Plenum, das sich einmal wöchentlich traf und in dem alle Fragen entschieden wurden. Schon nach drei Monaten fand jedoch – bedingt durch den Zustrom Jugendlicher zu den Treffen – eine Ausdifferenzierung in Betriebs-, Projekt- und Bildungsgruppen statt. Im Januar 1970 bestanden bereits zehn solcher Gruppen, die sich unter anderem auf die Berufsausbildung oder den 1. Mai fokussierten, theoretisch zu politischer Ökonomie, Psychologie oder Sexualpolitik („SexPol“) arbeiteten oder sich in Betrieben (Durag, Siemens) und Branchen zu verankern suchten. Ein „Auffangauschuß“ wurde eingerichtet, um neue Jugendliche einzuarbeiten und seit April 1970 existierte eine mit dem Jour fix verbundene, aber relativ unabhängig vom Plenum von einer eigenen Redaktion hergestellte Lehrlingszeitung mit dem Titel „LZ – Zeitung für Lehrlinge und Jungarbeiter“.⁵⁸ Bereits nach drei Monaten war aus dem als informeller, offener Diskusstreff geplanten „festen Tag“ eine strukturierte, in verschiedenen Feldern arbeitende Großgruppe geworden.

Kernpfeiler der Organisierung blieben dennoch die Prinzipien der Offenheit, der gewerkschaftlichen Einbindung und der Selbstorganisation der Betroffenen. Mit dieser tendenziell an antiautoritären Ideen orientierten Struktur und Arbeitsweise stellte der Jour fix innerhalb des DGB eine ganz neue Form offener Jugendarbeit dar, wie Jürgen Markmann im Fazit seines Berichts an den Kreisvorstand betonte: „die Entwicklung des Jour fix unterliegt ‚eigenen

⁵⁷ Stellungnahme Geschäftsführender Kreisvorstand DGB HH zum 6. Januar 1970, in: FZH-Archiv, 554-1-1.

⁵⁸ Aktennotiz Greese für Saalfeld, 30. Januar 1970, in: FZH-Archiv, 554-6-61; Crusius / Söhl / Wilke, Theorie und Praxis (wie Anm. 20), S. 10 f.; Informationsblatt des Jour fix, 30. April 1970, in: ebd., S. 73; LZ, 3/1970, S. 12 f.; LZ, 4/1970, S. 3.

Gesetzen‘, die sich von denen eines Verbandes erheblich unterscheiden“.⁵⁹ Nicht nur in der Arbeitsweise, auch im programmatischen Selbstverständnis des Jour fix standen die Bedürfnisse der Lehrlinge und Jungarbeiter im Vordergrund. Ausgehend von Erfahrungen der Unterordnung und Missachtung verstand man sich als Zusammenschluss innerhalb der Gewerkschaft mit dem Ziel, durch Druck auf Unternehmen und die Aktivierung der Gewerkschaften die Situation der Lehrlinge und jungen Lohnabhängigen zu verbessern.⁶⁰

Seinen Ausdruck fand dieses Selbstverständnis in einer Fülle von Aktivitäten, die von Befragungen über Informations- und Aufklärungsarbeit bis hin zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen reichten. Dabei ging es den beteiligten Lehrlingen, jungen Arbeitern und Studenten darum, „Mißstände in der Berufsausbildung (im Bereiche der Lehrstellen und der Berufsschule) aufzuzeigen und die zuständigen Einzelgewerkschaften zum Eingreifen zu veranlassen“.⁶¹ Das konnte sich in direktem Druck auf Unternehmen äußern, wie in einer ersten Aktion gegen die Rolltreppen- und Aufzugsfirma Rheinstahl-Eggers-Kehrhahn, deren Lehrlinge sich beim Jour fix über berufsfremde Tätigkeiten und fehlende Ausbildungspläne beklagt hatten. Rund 25 Jour fix-Mitglieder zogen daraufhin am 30. Oktober 1969 vor Arbeitsbeginn mit Schildern und Transparenten zum Werk und verteilten Flugblätter mit ihren Forderungen.⁶² Offenbar kamen häufig Lehrlinge zu den Treffen, um über ihre Ausbildungssituation zu berichten und Missstände zu beklagen.⁶³ Klagen, die nicht wie bei Rheinstahl in eine direkte Aktion mündeten,

⁵⁹ Berichtsvorlage Markmann für DGB-KV-Sitzung am 30. Juni 1970, in: FZH-Archiv, 554-1-1.

⁶⁰ LZ, 3/1970, S. 12.

⁶¹ Stellungnahme Geschäftsführender DGB-Kreisvorstand zum 6. Januar 1970, in: FZH-Archiv, 554-1-1.

⁶² Crusius / Söhl / Wilke, *Theorie und Praxis* (wie Anm. 20), S. 9 f., 52; *Hamburger Abendblatt*, 30. Oktober 1969, S. 3; *Metall*, Nr. 23 vom 11. November 1969, S. 6; *Elan*, 1-2/1970, S. 57; *Welt der Arbeit*, Nr. 49 vom 5. Dezember 1969, S. 11.

⁶³ Protokoll DGB-KJA, 9. Oktober 1969, in: FZH-Archiv, 554-6-61.

wurden in der Regel an die zuständige Gewerkschaft weitergeleitet, die dann mit dem Betrieb verhandelte.⁶⁴ Ein weiteres Mittel, um Druck auf Betriebe aufzubauen, war es, „Schwarze Listen“ mit Firmen zu erstellen, in denen Missstände vorhanden waren.⁶⁵

Eine andere Form der politischen Praxis war die medienwirksame symbolische Aktion. Für Schlagzeilen sorgten etwa ein öffentliches „Feg-In“ und die Enthüllung eines „Lehrlingsdenkmals“ am 20. Dezember 1969. An die 40 Jugendliche zogen im „Blaumann“ und mit Besen ausgestattet fegend durch die Innenstadt und verteilten Flugblätter: „Wir wollen den Mund nicht mehr halten. Wir wollen nicht mehr Ausfegen ‚lernen‘. Wir wollen nicht mehr Bierholen ‚lernen‘. Wir wollen eine moderne Ausbildung“.⁶⁶ Selbst der „Spiegel“ berichtete im Anschluss über das „erste deutsche Lehrlings-Happening“.⁶⁷ Auf Missstände aufmerksam zu machen, war auch ein Ziel der zahlreichen Fragebogenaktionen, die vom Jour fix (wie auch von vielen anderen Lehrlingszentren in der Bundesrepublik) vor allem an Berufsschulen durchgeführt wurden. Eine andere Funktion dieser Befragungen war es, sich zuerst einmal Orientierung über die Probleme der Lehrlinge zu verschaffen und Ansatzpunkte für die praktische politische Arbeit zu finden. Teilweise führten Fragebogenaktionen sogar direkt zur Gründung von Betriebs- oder Berufsschulgruppen.⁶⁸

Aus der Entwicklung des Jour fix zur aktiven Großgruppe und zum faktischen Zentrum der Lehrlingsbewegung in Hamburg ergaben sich schon bald Konflikte mit dem Kreisvorstand des DGB. Diese entzündeten sich teilweise an Fragen der Gremienbesetzung,

⁶⁴ Brief Greese an KJA und Jour fix, 31. Oktober 1969, in: FZH-Archiv, 554-6-61.

⁶⁵ Crusius / Söhl / Wilke, Theorie und Praxis (wie Anm. 20), S. 10.

⁶⁶ Flugblatt der DGB-Gewerkschaftsjugend, Dezember 1969, in: Crusius / Söhl / Wilke, ebd., S. 56.

⁶⁷ Ebd., S. 9; Der Spiegel, Nr. 12 vom 17. März 1969, S. 39 f.; Crusius / Söhl / Wilke, Theorie und Praxis (wie Anm. 20), S. 9; Elan, 3/1970, S. 11; ebd., 4/1970, S. 8 f.; Hamburger Abendblatt, 20./21. Dezember 1969, S. 4; ebd., 22. Dezember 1969, S. 5; Arbeiterjugend kontra Monopole, S. 46.

⁶⁸ Crusius / Söhl / Wilke, Theorie und Praxis (wie Anm. 20), S. 10.

teilweise an politischen Aktionen des Jour fix, die den Gewerkschaftsvorständen zu weit gingen. So wurde eine symbolische Spendensammlung für die mangelhaft ausgestatteten Berufsschulen im Vorfeld des Bürgerschaftswahlkampfes am 10. März 1970 noch am selben Tag vom Kreisvorstand verboten. Während der DGB-Kreisvorsitzende Hans Saalfeld dies mit Formalia begründete, sahen die Jugendlichen des Jour fix darin eine Rücksichtnahme auf die SPD, für die Saalfeld selbst kandidierte.⁶⁹ Der Kreisvorstand bejahte in seiner Mehrheit zwar den Jour fix als Experiment mit neuen Methoden offener Jugendarbeit, mit denen auf sinkende Mitgliederzahlen und Ansätze einer Legitimationskrise im Bereich Jugend reagiert wurde. Dennoch war er bestrebt, diesem Experiment enge Grenzen zu setzen – beispielsweise durch die Verweigerung einer Verankerung des Jour fix in den entscheidungskompetenten Gremien der Organisation. Anders als Teile des Vorstands, die dem Jour fix lediglich die Funktion eines „Ventil[s]“ für den Unmut unter der Jugend einräumten,⁷⁰ setzten sich DGB-Jugendfunktionäre und der Kreisjugendausschuss (KJA) für eine reale Aktivierung gewerkschaftlicher Jugendpolitik ein und unterstützten dementsprechend den Jour fix. Die von ihnen vorgebrachten Argumentationsmuster für den Jour fix bestanden in Warnungen vor einer drohenden Radikalisierung der Jugendlichen, dem Verlust des eigenen Nachwuchses und veralteten Formen der Jugendarbeit.⁷¹ Das Auftreten des Jour fix selbst wiederum war stark von der strategischen Orientierung der GSG-Studenten auf den „Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie“ beeinflusst und dementsprechend offensiv gegenüber den Gewerkschaftsfunktionären ausge-

⁶⁹ Ebd., S.12, 65 f.; Hamburger Abendblatt, 8. Oktober 1969, S. 3; ebd., 12. März 1970, S. 4; LZ, 1/1970, S. 4 f.; Brief Saalfeld an Mitglieder DGB-Kreisvorstand, 11. März 1970, in: FZH-Archiv, 554-1-1.

⁷⁰ Protokoll DGB-Kreisvorstand, 6. Januar 1970, in: FZH-Archiv, 554-1-1.

⁷¹ Vgl. Protokoll DGB-KJA, 27. November 1969, in: FZH-Archiv, 554-6-61; Brief Greese / Deutschland an Saalfeld, 23. Dezember 1969, in: FZH-Archiv, 554-6-61.

richtet.⁷² Das Modell des Jour fix stellte insofern eine Form stark „konfliktbeladene[r] Integration“ der Lehrlingsproteste in die Gewerkschaften dar,⁷³ die erst mit der Abschaffung des Treffens im Herbst 1971 ein Ende finden sollte.

Zum symbolischen Höhepunkt der betriebsamen Phase des Jour fix wurde jedoch zunächst eine Saalveranstaltung der DGB-Jugend am 30. April 1970 unter dem Motto „Lehre leer – Taschen voll“, die der Jour fix mit vorbereitet hatte. Im Vorfeld war dem Thema Berufsausbildung in der lokalen Presse breiter Raum eingeräumt worden, das „Hamburger Abendblatt“ stellte die Frage: „Die Lehre – Mischung aus Kasernenhof und Strafanstalt?“⁷⁴ Der DGB-Vorstand hatte auch aus Furcht vor einer Wiederholung der Mai-Ereignisse des vorangegangenen Jahres eine eigene Jugendveranstaltung akzeptiert. Doch auf der mit 2.000 bis 3.000 Jugendlichen gut besuchten Veranstaltung war die „Unruhe“ unter den Lehrlingen noch deutlich spürbar. Ein von vielen als „Konsumprogramm“ empfundenes Kabarettprogramm musste nach Pfiffen und Protestbekundungen ebenso abgebrochen werden wie die Rede von Franz Woschek vom DGB-Bundesausschuss. In den Diskussionen auf der Veranstaltung kam zudem die anhaltende Fraktionierung unter den linken Gruppierungen erneut zum Ausdruck.⁷⁵

6. Kommunistischer Organisationsaufbau: SALZ und SDAJ

Parallel zum konfliktbeladenen Integrationsprozess der Lehrlingsproteste in die Gewerkschaften konsolidierten sich bestehende linke Organisationen. So hatte das Sozialistische Lehrlingszentrum (SLZ) – ähnlich wie andere aus der antiautoritären Studentenbewe-

⁷² Vgl. Crusius / Söhl / Wilke, Theorie und Praxis (wie Anm. 20), S. 12 f., 24; Stellungnahme Jour fix, 11. März 1970, in: FZH-Archiv, 554-6-61.

⁷³ Andresen, „Ausbildung ja – Bierholen nein“ (wie Anm. 5), S. 57.

⁷⁴ Hamburger Abendblatt, 29. April 1970, S. 3 f.

⁷⁵ Crusius / Söhl / Wilke, Theorie und Praxis (wie Anm. 20), S. 20–22; LZ, 2/1970, S. 6 f.; Hamburger Abendblatt, 2./3. Mai 1970, S. 4.

gung stammende Basis- und Projektgruppen – seit Mitte 1969 eine politische Wende hin zum „Marxismus-Leninismus“ vollzogen. Unter dem Stichwort „Aufbau einer proletarischen Organisation“ sollte die antiautoritäre Phase beendet und perspektivisch die Kommunistische Partei aufgebaut werden. Die Protestbewegung von 1967/68, die gesamte bisherige Politik und Organisationsstruktur wurden als „kleinbürgerlich“ kritisiert. Eine straff disziplinierte Organisation, die intensive Schulung der marxistisch-leninistischen Schriften und der Gang der Studenten in die Betriebe sollten den Weg weisen, um den proletarischen Klassenkampf voranzutreiben. Das offene Treffen des SLZ wurde deshalb im Sommer 1969 zugunsten von Schulungsgruppen und einem Delegiertenrat aufgelöst, aus einer Kritik an reiner Lehrlingspolitik heraus benannte man sich in „Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum“ (SALZ) um. Der nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus strukturierten und aus Betriebs-, Branchen- und Bezirksgruppen bestehenden Organisation gelang es trotz mehrerer Spaltungen rasch eine große Zahl politischer Aktivisten zu organisieren. Die Mitgliederzahl der Organisation lag 1970/71 wohl bei mehreren hundert Personen.⁷⁶

Die Übernahme marxistisch-leninistischer Ideen brachte auch eine Kritik der eigenen bisherigen Politik mit sich, die – vom „SALZ-Rat“ im September 1969 formuliert – in erster Linie eine Kritik am Verhalten der politisierten Lehrlinge und Jungarbeiter war: „Die auf studentisch-kleinbürgerlichen Protest zugeschnittene Bewegung erwies sich für die Lehrlinge und Jungarbeiter als eine neue Fluchtmöglichkeit vor dem Arbeitersein, erhielt Alibifunktion für den nicht aufgenommenen Klassenkampf.“⁷⁷ Deutlich wird hier nicht nur die fortschreitende Dogmatisierung der Gruppe,

⁷⁶ Laut einem SALZ-Bericht über den Vortrag eines Referenten des Verfassungsschutzes gab dieser die Zahl von 400 Mitgliedern an (Bericht über einen Vortrag von Dr. Horchen [gemeint ist: Horchem], o. V., undatiert, in: ak-Archiv, Bestand SALZ, 4). Diese Zahl ist natürlich mit Vorsicht zu bewerten.

⁷⁷ S.A.L.Z.-Rat, Zur Frage der anti-autoritären Phase und dem Aufbau einer proletarischen Organisation, in: APO-Press, Nr. 17 vom 29. September 1969, S. 30.

sondern auch, dass die ML-Bewegung eine Re-Disziplinierung gegenüber den zuvor betriebenen antiautoritären Protestformen bedeutete. Der Eintritt junger Arbeiter und Lehrlinge in die Bewegung, die Verweigerung ihres eigenen Alltags im Betrieb wurde nicht länger positiv konnotiert, sondern als Abkehr vom Klassenkampf denunziert. In diesem Sinne wurde auch der Zweite Bildungsweg, der jungen Arbeitern die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs eröffnete, als „Bestechung [...] durch die Bourgeoisie“ und Teil des sogenannten „Flipperproblems“ ausgemacht und bekämpft.⁷⁸

Die Wende zum Marxismus-Leninismus bedeutete für das SALZ spätestens seit 1970, von einer reinen Lehrlingspolitik und damit auch einer „Lehrlingsbewegung“ Abstand zu nehmen. Lehrlingspolitik hieß für die ML-Organisation, Betriebsarbeit in einem Sektor der Arbeiterklasse zu betreiben. Dahinter stand die theoretische Überzeugung von der Notwendigkeit der „Einheit der Arbeiterklasse“, die jede partikularistische Politik beispielsweise im Ausbildungssektor ausschließe. Zwar wurden „gesonderte Interessen“ der Arbeiterjugend, die sich aus ihrer Ausbildungssituation ergaben, anerkannt, um diese könne jedoch nur die „gesamte Arbeiterklasse“ kämpfen.⁷⁹ Lehrlinge sollten sich unter dem Motto „Lehrlinge – Teil der Arbeiterklasse“ gemeinsam mit Arbeitern in Betriebsgruppen organisieren,⁸⁰ die das SALZ seit 1970 in mehreren Betrieben aufzubauen versuchte.

In der Betriebsarbeit hatte das SALZ die frühere gewerkschaftsfeindliche Stoßrichtung abgelegt. Man verfolgte nun die Strategie, über die Verankerung im Vertrauensleutekörper und die regelmäßige Herausgabe eigener Betriebszeitungen eine Opposition zur Gewerkschaftsführung in den Gewerkschaften und Betrieben aufzu-

⁷⁸ Einheit Kritik Einheit, Nr. 1 vom Jan./Feb. 1971, S. 21–24, in: ak-Archiv, Bestand SALZ, 2.

⁷⁹ ZAK des SALZ, Gewerkschaftliches Kampfprogramm der Arbeiterjugend, Pfingsten 1971, S. 3, in: ak-Archiv, Bestand SALZ, 4.

⁸⁰ Der Metallarbeiter, Nr. 2 vom August 1971, S. 5, in: ak-Archiv, Bestand SALZ, 1.

bauen mit dem Ziel, „die Gewerkschaften wieder zum Kampfinstrument der Arbeiterklasse zu machen“.⁸¹ Auf die Lehrlingsarbeit bezogen, bedeutete das die Mitarbeit in den Basisgremien der Gewerkschaftsjugend und den betrieblichen Jugendvertretungen, in denen jeweils auch der Einfluss der gegnerischen linken Fraktionen – nämlich „der Trotzlisten (Jour-Fix)“ und der SDAJ – zurückgedrängt werden sollte.⁸² In diesem Sinne war das SALZ beispielsweise im Ortsjugendausschuss der IG Metall vertreten und arbeitete wohl spätestens seit Mai und bis November 1970 auch im Jour fix der Gewerkschaftsjugend mit.⁸³ Die betriebliche Verankerung erfolgte vor allem über Betriebs- und Branchenzeitungen, von denen es im März 1971 bereits fünf gab. Über eine stärkere Präsenz von im SALZ organisierten Lehrlingen verfügte man offenbar vor allem bei der Hamburger Werft Blohm & Voss sowie bei den in Harburg ansässigen Gummiwerken Phoenix.

Während antiautoritäre Gruppen sich zwischen 1969 und 1971 zu einem großen Teil in diverse marxistisch-leninistische Organisationen transformierten, konnte die SDAJ sich politisch und organisatorisch konsolidieren und gewerkschaftlich erfolgreich verankern. Im Februar 1970 hatte sie 13 Stadtteilgruppen aufgebaut, im Herbst 1970 waren es bereits 18 und im Juni 1971 20, die sich in „Häusern der Jugend“, in Jugendclubs oder -heimen trafen. Ihrem Anspruch folgend, als „einigende und organisierende Kraft der Arbeiterjugend“ aufzutreten,⁸⁴ hatte sich die SDAJ an den entstandenen Ansätzen von Lehrlingsorganisation beteiligt, darunter dem Jour fix sowie weiteren Lehrlingszentren in Billbrook, Wandsbek,

⁸¹ ZAK des SALZ, Gewerkschaftliches Kampfprogramm der Arbeiterjugend, Pfingsten 1971, S. 4, in: ak-Archiv, Bestand SALZ, 4.

⁸² Ebd., S. 3f., 18; internes Papier „Die bisherige Gewerkschaftsarbeit des SALZ“, o. V., undatiert, S. 1–5, in: ak-Archiv, Bestand SALZ, 4 (Zitat: ebd., S. 2).

⁸³ Crusius, Söhl, Wilke, Theorie und Praxis (wie Anm. 20), S. 23, 29; Flugblatt des SALZ „Zur Kritik der SDAJ“, Januar 1971, in: ak-Archiv, Bestand SALZ, 1.

⁸⁴ Uwe Scheer, Die SDAJ lässt sich nicht in die antigewerkschaftliche Ecke drängen, in: Gewerkschafts-Spiegel, Nr. 23 vom 3. Dezember 1970, S. 15.

Harburg und an der Berufsschule Holstenwall.⁸⁵ Zudem hatte sich die Organisation verstärkt der Verankerung in den gewerkschaftlichen Gremien zugewandt. Hier konnte sie beträchtliche Erfolge erzielen. So war der Ortsjugendausschuss der IG Metall bereits im Sommer 1970 mehrheitlich von SDAJ-Mitgliedern und -Sympathisanten besetzt, im Frühjahr 1971 hatte die SDAJ fünf Mitglieder im DGB-Kreisjugendausschuss und 24 in den Ortsjugendausschüssen der Einzelgewerkschaften. Seit September 1970 war zudem mit Günter Hameister und dann Harry von Bargen der Vorsitzende des Kreisjugendausschusses – und damit der höchste Vertreter der Gewerkschaftsjugend – ein SDAJ-Mitglied.⁸⁶ Selbst die Konkurrenz vom SALZ musste der als „revisionistisch“ geschmähten SDAJ in einem internen Papier zugestehen, durch eine massive Verankerung in den Gremien enormen Einfluss innerhalb der Gewerkschaftsjugend erlangt zu haben: „Die steigende Aktivität der Hamburger DGB-Jugend ist jedenfalls ein Verdienst der SDAJ. In den 2 ½ Jahren intensiver Gremienarbeit gelang es ihr, die meisten wichtigen Funktionen zu besetzen und die Stimmenmehrheiten zu sichern“.⁸⁷ Auch wenn der DGB-Kreisvorstand im Januar 1970 bekräftigt hatte, dass es mit der SDAJ keine Zusammenarbeit geben dürfe, musste ihr Agieren innerhalb der Gewerkschaftsgremien, das von den Funktionären durchaus registriert wurde, in einem bestimmten

⁸⁵ Heisses Eisen, undatiert [Februar 1970], S. 4, in: HIS-Archiv, Bestand SDAJ, Heisses Eisen; Rechenschaftsbericht SDAJ Hamburg 1969–71 zur Landeskonferenz 12./13. Juni 1971, S. 11, 16–18, in: HIS-Archiv, Bestand SDAJ, Ordner unbeschriftet; SDAJ Landesverband Hamburg, Zentrum für Arbeiterjugendpolitik, Beispiel Hamburg: Die Lehrlinge für Tarifverhandlungen aktivieren, in: Gewerkschafts-Spiegel, Nr. 21 vom 11. November 1970, S. 6; Crusius / Söhl / Wilke, Theorie und Praxis (wie Anm. 20), S. 24, 30.

⁸⁶ Ebd., S. 26; undatiertes Blatt, Frühjahr 1971, in: HIS-Archiv, Bestand SDAJ, Ordner unbeschriftet; Protokoll DGB-Kreisvorstand, 4. Mai 1971, in: FZH-Archiv, 554-1-1. Günter Hameister hatte das Amt des KJA-Vorsitzenden seit September 1970 kommissarisch geführt (Protokoll DGB-KJA, 29. September 1970, in: FZH-Archiv, 554-6-61; Protokoll DGB-Kreisvorstand, 10. November 1970, in: FZH-Archiv, 554-1-1).

⁸⁷ Internes Papier „Die bisherige Gewerkschaftsarbeit des SALZ“, o. V., undatiert [ca. Mai 1971], S. 6, in: ak-Archiv, Bestand SALZ, 4.

Rahmen akzeptiert werden. Seit Ende 1970 wurde jedoch verstärkt darauf geachtet, diesem Agieren Grenzen zu setzen.⁸⁸ Der wachsende Einfluss der SDAJ wurde auch in der Öffentlichkeit registriert, das „Hamburger Abendblatt“ warnte angesichts von Gewerkschaftsjugendlichen, die 1971 im Hamburger Jugendring Thesen der SDAJ vertraten, vor dem Einfluss der Kommunisten und einer Instrumentalisierung der vorhandenen Missstände in der Berufsausbildung durch sie.⁸⁹

Neben der Arbeit in gewerkschaftlichen Gruppen und Gremien versuchte die SDAJ auch, sich als eigenständige Organisation in den Betrieben und Berufsschulen zu verankern. Dabei lag der Fokus auf den Großbetrieben, eine „kontinuierliche Arbeiterjugendpolitik“ wurde unter anderem auf den Hamburger Werften betrieben. Zu einem Schwerpunkt wurde die Rüstungsproduktion bei Blohm & Voss, die als Teil eines „militärisch-industriellen Komplexes“ verstanden und öffentlich angegriffen wurde.⁹⁰ Der Agitationsarbeit dienten Lehrlingszeitungen mit Titeln wie „Rot-Stift“, „Heisses Eisen“ oder „Roter Metallbohrer“, die sich zum Teil gezielt an die Lehrlinge der Metallbetriebe eines Stadtteils richteten und von denen Mitte des Jahres 1971 bereits fünf existierten. Darüber hinaus organisierte die SDAJ an Berufsschulen eigenständige Fragebogenaktionen, trat mit Veranstaltungen zu Lehrlingsfragen oder marxistischer Theorie an die Öffentlichkeit und bediente mit einem „Arbeiterjugendfestival“ im Juli 1971 auch kulturelle Bedürfnisse.⁹¹ Der internen „Kaderschulung“ diente ein Bildungskonzept,

⁸⁸ Protokolle DGB-Kreisvorstand, 6. Januar 1970, 10. November 1970, 24. November 1970, 4. Mai 1971, in: FZH-Archiv, 554-1-1. Der Kreisvorsitzende Hans Saalfeld sah sich nach der Weitergabe von DGB-Internas an die SDAJ-Führung bestätigt. Er hatte zuvor vor einem „Loyalitätskonflikt“ gewarnt (ebd.).

⁸⁹ Hamburger Abendblatt, 19. April 1971, S. 4.

⁹⁰ Rechenschaftsbericht SDAJ Hamburg 1969–71 zur Landeskonferenz 12./13. Juni 1971, S. 6, 11, 15, in: HIS-Archiv, Bestand SDAJ, Ordner unbeschriftet; Elan, 8/1970, S. 4–7, 27.

⁹¹ Rechenschaftsbericht SDAJ Hamburg 1969–71 zur Landeskonferenz 12./13. Juni 1971, S. 11–22, in: HIS-Archiv, Bestand SDAJ, Ordner unbeschriftet; Heisses Eisen, undatiert [Juni 1971], S. 1 f., in: HIS-Archiv, Bestand SDAJ, Heisses Eisen.

das im Sommer 1970 ausgearbeitet wurde und bei dem es neben dem Studium der Werke von Marx, Engels und Lenin offensichtlich auch darum ging, die festgelegte politische Linie „nach unten“ zu vermitteln. Zum „Höhepunkt des ideologischen Kampfes“ wurde ein von 1.200 Menschen besuchter „Lenin-Kongress“ im Juni 1970, der von einem triumphalischen Auftreten des Landesvorsitzenden Jens Flegel in der Öffentlichkeit begleitet wurde: „Das Großkapital wird zittern, wenn uns weiterhin gelingt, große Teile der arbeitenden Bevölkerung auf die Straße zu bringen“.⁹² Auch wenn eine solche Rhetorik heute lächerlich anmuten mag, hatte die SDAJ es verstanden, sich in den Jahren 1970 und 1971 sowohl unter den Lehrlingen in Betrieben und Berufsschulen als auch in den Gremien der Gewerkschaftsjugend erfolgreich zu verankern und ihre eigenen Strukturen in Form zahlreicher Stadtteilgruppen weiter auszubauen.⁹³

7. Betriebliche Konflikte und Tarifauseinandersetzungen

Soziale Bewegungen lassen sich nicht auf das Handeln organisierter Akteure reduzieren. Letztere speisen sich vielmehr aus gesellschaftlichen Entwicklungen, die sich auch auf einer Mikro-Ebene jenseits

⁹² So ein Zitat aus der Bergedorfer Zeitung, 3. Juli 1970, in: HIS-Archiv, Bestand SDAJ, II 7A Infodienst BV. Vgl. Rechenschaftsbericht SDAJ Hamburg 1969–71 zur Landeskonferenz 12./13. Juni 1971, S. 20 f., in: HIS-Archiv, Bestand SDAJ, Ordner unbeschriftet; SDAJ-Info Landesverband Hamburg, III/70 vom Juni/Juli [1970], in: FZH-Archiv, 814–6; Hamburger Abendblatt, 29. Juni 1970, S. 4.

⁹³ Dass die politischen Ziele von SDAJ/DKP dennoch keine größere Ausstrahlungskraft unter Hamburger Lehrlingen entfalteten, macht eine Auswertung des Wählerverhaltens von Hamburger Jugendlichen vor der Bürgerschaftswahl im März 1970 deutlich. Demnach hatten nur 4 Prozent der männlichen und 2 Prozent der weiblichen Lehrlinge zwischen 18 und 20 Jahren vor, die DKP zu wählen (Heino Kaack und Klaus G. Troitzsch, Jungwählerverhalten in Hamburg. Ergebnisse einer Hamburger Umfrage und Repräsentativstatistiken aus anderen Bundesländern, in: aus politik und zeitgeschichte. beilage zur wochenzeitung das parlament, B 50/70, 12. Dezember 1970, S. 12).

von strategisch handelnden Gruppen bemerkbar machen. Dass beispielsweise 1970 19 Prozent der Hamburger Lehrlinge der Auffassung waren, ihre Arbeitskraft werde vom Betrieb ausgebeutet und weitere 42 Prozent erklärten, am Vorwurf der „Ausbeutung“ sei „viel Wahres dran“, macht deutlich, wie stark linke und marxistische Deutungsangebote unter einer signifikanten Minorität von Auszubildenden verbreitet waren, aber auch, dass sie auf weite Kreise Ausstrahlungskraft entfalten konnten.⁹⁴ Um das Ausmaß der „Unruhe der Lehrlinge“ genauer einschätzen zu können, erscheint es sinnvoll, von ihnen geführte Konflikte in den Betrieben aufzuspüren. Konflikte zwischen Lehrlingen und Ausbildern oder Meistern entzündeten sich vor allem an als Schikane empfundenen Behandlungen im Betrieb, aber auch am Auftreten und Verhalten „unangepasster“ oder politisch eingestellter Lehrlinge. Individuelles Aufbegehren zeigte sich unter anderem in den Beschwerden über die Ausbildungssituation, die immer wieder vorgebracht wurden. Von im Rahmen einer Studie befragten Hamburger Lehrlingen gaben 58 Prozent an, dass sie sich schon einmal bei ihrem Lehrherrn, Ausbildungsleiter oder Ausbilder über die Ausbildungssituation beschwert hatten.⁹⁵ Um gegen Missstände anzugehen, wurden in einigen Fällen Betriebsrat oder Jugendvertretung eingeschaltet. Allerdings war vielen Lehrlingen der zuständige Betriebsrat entweder unbekannt oder sie berichteten von fehlender Unterstützung.⁹⁶

⁹⁴ Jürgen Daviter, *Der Lehrling im Betrieb* (Hamburger Lehrlingsstudie der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, Bd. 2), München 1973, S. 339.

⁹⁵ Ebd., S. 207. Die Beschwerdeaktivitäten waren umso ausgeprägter, je größer die Betriebe waren, in denen die Lehrlinge ausgebildet wurden (ebd., S. 208–211). Jungen beschwerten sich dabei häufiger (63 Prozent) als Mädchen (49 Prozent) und hatten auch häufiger Ärger im Betrieb (34 Prozent gegenüber 25 Prozent): ebd., S. 211.

⁹⁶ So heißt es in der Hamburger Lehrlingsstudie: „Von denen, die einen BR haben, sagen nur 10 %, daß er ihnen bei Streitigkeiten mit der Lehrfirma immer, 26 %, daß er ihnen manchmal, 20 %, daß er ihnen kaum hilft. 44 % gar wissen überhaupt nichts darauf zu sagen – der BR ist für sie *als Interessenorgan* eine unbekannte Größe.“ Daviter, *Lehrling* (wie Anm. 94), S. 202, Hervorhebung im Original. Dabei hatten 1970 nur 48 Prozent der Hamburger Lehrlinge einen Betriebsrat, 35 Prozent

Allgemein standen ältere Beschäftigte den aufbegehrenden Lehrlingen und ihren lautstark vorgetragenen Forderungen oftmals ablehnend gegenüber.

Während Lehrlinge die Ausbildungsmethoden in ihren Betrieben kritisierten, reagierten Unternehmer auf politische Betätigung oder auch nur „unangepasstes Verhalten“ mit Sanktionen, die bis zu Entlassungen reichten. Von dem Problem, aufgrund von „ungewöhnlichem Verhalten“ wie zum Beispiel auffälliger Kleidung oder politischer Betätigung Ärger mit ihrem Betrieb gehabt zu haben, konnten im November 1970 ganze 30 Prozent der Hamburger Lehrlinge berichten.⁹⁷ Neben „auffälliger Kleidung“ wurden vor allem lange Haare bei männlichen Jugendlichen – ein Phänomen, das sich zwischen Mode und Oppositionshaltung bewegte – zu einem Moment des Anstoßes. In Hamburger Ausbildungsbetrieben reichte die Einstellung gegenüber langen Haaren von Toleranz bei gepflegtem Aussehen bis hin zum Verbot, das beispielsweise von der Luft-hansa-Verwaltung mit der Renitenz ihrer Träger begründet wurde: „Der langhaarige Typ ist auch meist weniger anpassungsfähig und würde im Betrieb Schwierigkeiten bekommen. Diskussionen haben wir ohnehin, und wir wollen nicht alles noch verkomplizieren.“⁹⁸ Auch Harry von Barga von der SDAJ berichtete über das Fernmeldeamt bei der Bundespost, wo er 1970 seine Ausbildung absolvierte: „Lehrlinge mit langen Haaren, wie ich, [wurden] dauernd schikaniert“.⁹⁹ Konfliktreicher als die Haartracht war die politische Betätigung von Lehrlingen im Betrieb, die sich beispielsweise in der Verteilung von Flugblättern oder der Herausgabe politischer Zei-

eine Jugendvertretung und 31 Prozent konnten von einer betrieblichen Jugend- oder Lehrlingsversammlung berichten (ebd., S. 198–205).

⁹⁷ Ebd., S. 207.

⁹⁸ Hamburger Abendblatt, 11./12. Oktober 1969, S. 39. Firmen wie Blohm & Voss oder die Phoenix-Werke akzeptierten „modernes Aussehen“ unter der Bedingung, dass „das Äußere sauber und gepflegt wirkt“ und die Lehrlinge zum Schutz vor Unfällen ein Kopftuch bzw. ein Haarnetz trügen (Hamburger Abendblatt, 11./12. Oktober 1969, S. 39; Phoenix Rundschau, Juli–Dezember 1972, S. 6, S. 19).

⁹⁹ Crusius / Söhl / Wilke, Theorie und Praxis (wie Anm. 20), S. 78.

tungen äußerte. Politisch engagierte Lehrlinge, vor allem Jugendvertreter, waren nicht selten von Entlassung bedroht. Zu einem länger andauernden Konflikt kam es beispielsweise in den Bergedorfer Hauni-Werken. In der APO Bergedorf aktive Lehrlinge planten im Herbst 1969 die Herausgabe einer kritischen Betriebszeitung, die daraufhin von der Geschäftsleitung verboten wurde. Nach der Herausgabe einer zweiten Ausgabe der Zeitung und nachdem sie dem Fernsehmagazin „Monitor“ ein Interview gegeben hatten, wurden zwei Lehrlinge im Februar 1970 entlassen.¹⁰⁰ Nur in wenigen Fällen gelang es, Entlassungen zu stoppen, wie im Fall von Blohm & Voss im Herbst 1970, als auf die Kündigung eines Lehrlingsvertrauensmanns nach Ende seiner Lehrzeit über 60 Lehrlinge mit einer Unterschriftensammlung reagierten und die Weiterbeschäftigung erreichten.¹⁰¹

In mehreren Fällen wurde der Schritt vom individuellen Unmut über die Ausbildungssituation zum kollektiven Vorgehen von Lehrlingen gemacht. Solche Auseinandersetzungen betrafen Forderungen nach Verbesserungen der Ausbildung, nach Fahrgelderstattung oder jugendliche Bedürfnisse wie die Raucherlaubnis in den Pausen. Jugend- und Lehrlingsversammlungen in Betrieben wurden zu Orten, an denen politisch diskutiert und Forderungen aufgestellt wurden. Eine größere Kontinuität in der Lehrlingsopposition garantierten Betriebsgruppen, die in den Jahren 1970/71 in mehreren Hamburger Unternehmen entstanden und teilweise in größere Gruppierungen wie den Jour fix, die SDAJ oder das SALZ integriert waren. Eine dieser Gruppen war die Durag-Betriebsgruppe, die sich Ende September 1969 gegründet hatte. Zu einem Höhepunkt ihrer Arbeit wurde eine Aktion, die sich gegen die zu Weihnachten ausgezahlten und je nach Noten im Betriebszeugnis ungleich hohen Leistungsprämien richtete. Bei der als „Weihnachts-

¹⁰⁰ Dokumentation. Die Initiative der Hauni-Werke, Hamburg o. J., hg. vom AK Wirtschaft/Betriebe und AK Hauni-Lehrlinge, in: Körber-Archiv, Hamburg, Mappe APO, ZAS Stiftung 2. Vgl. auch LZ, 1/1970, S. 12.

¹⁰¹ Heisses Eisen, 4/70 [Oktober 1970], S. [7], in: HIS-Archiv, Bestand SDAJ, Heisses Eisen.

wunder“ bezeichneten Aktion legten über die Hälfte der Lehrlinge ihre zwischen 0,- und 216,- DM hohen Prämien zusammen, um jedem einzelnen 93,- DM auszuzahlen. Mit dem egalitären Vorgehen sollte die als spaltend wahrgenommene Prämienpolitik des Unternehmens durchkreuzt und Solidarität untereinander demonstriert werden.¹⁰²

Die Hinwendung der politischen Gruppen zur Arbeit in den Gewerkschaften und Betrieben brachte auch eine Beschäftigung mit Ausbildungsvergütungen und der Rolle von Lehrlingen in Tarifausinandersetzungen mit sich. Die für den Herbst 1970 anstehende Tarifrunde in der Metallbranche führte zu einer ersten größeren Mobilisierung, die jedoch von erneuten Konflikten mit der Gewerkschaftsführung begleitet war. Die von der IG Metall aufgestellten Forderungen für einen Manteltarifvertrag für Lehrlinge wurden von den Jugendlichen im Jour fix und im Ortsjugendausschuss der Gewerkschaft als völlig unzureichend angesehen. Versuche, weitere Forderungen in den Verhandlungskatalog aufnehmen zu lassen, scheiterten. Die Metall-Jugend und der Jour fix mobilisierten die aktiven Jugendlichen in den Betrieben daraufhin zu einer Aktionskonferenz, auf der – gegen den Willen der SDAJ – scharfe Kritik an der IG Metall-Führung geübt wurde. Am 18. September folgte eine von 800 bis 1.000 Jugendlichen besuchte Lehrlingsdemonstration zum Ort der Verhandlungen. Zwar hatte die Mobilisierung letztlich keinen Einfluss auf die erzielten Ergebnisse der Tarifrunde, von den meisten Gruppen wurde sie jedoch als ein erfolgreicher erster Schritt in der Aktivierung der Lehrlinge angesehen.¹⁰³ Im folgenden Jahr kam es im Zuge von Tarifausänder-

¹⁰² Durag-Betriebsgruppe, S. 33; LZ, 5/1971, S. 6.

¹⁰³ Crusius / Söhl / Wilke, Theorie und Praxis (wie Anm. 20), S. 26–28; LZ, 3/1970, S. 6 f.; Elan, 10/1970, S. 14–17; SDAJ-Landesverband Hamburg, Zentrum für Arbeiterjugendpolitik, Beispiel Hamburg: Die Lehrlinge für Tarifverhandlungen aktivieren, in: Gewerkschafts-Spiegel, Nr. 21 vom 11. November 1970, S. 6–8; Rechenschaftsbericht SDAJ Hamburg 1969–71 zur Landeskonferenz 12./13. Juni 1971, S. 12–14, in: HIS-Archiv, Bestand SDAJ, Ordner unbeschriftet.

setzungen zu weiteren Lehrlingsmobilisierungen kleineren Ausmaßes.

Bilanziert man die von Unmutsäußerungen über punktuelle Aktionen bis zu organisierter Betriebsgruppenarbeit und Einschaltung in Tarifkonflikte reichenden Formen, die Lehrlingsproteste in Hamburg in besonders massiver Form zwischen 1969 und 1971 annahm, so ergibt sich das Bild einer auch in den Betrieben aufbegehrenden Jugend. Dass es sich allerdings um kein massenhaftes, sondern um ein immer noch minoritäres Phänomen handelte, machen die Klagen politisch aktiver Lehrlinge über die Apathie und Gleichgültigkeit gleichaltriger Jugendlicher deutlich.¹⁰⁴

8. Bewegungsinterne Konflikte und das Ende des Jour fix

Die Entwicklung der Hamburger Lehrlingsbewegung wurde von Beginn an überschattet von den Konflikten zwischen den linken Gruppierungen, die jeweils unterschiedliche politische Strategien verfolgten. Bereits auf der Großveranstaltung vom 30. April 1970 im Audimax der Universität war es zwischen SDAJ-Aktivisten und Vertretern der ML-Gruppen um das SALZ zu einer heftigen Debatte um die Haltung zur Gewerkschaftsführung gekommen. Crusius und Wilke brachten die verschiedenen Standpunkte vereinfachend so auf den Punkt: „Die SDAJ-Prominenz machte sich zum demagogischen Anwalt des Gewerkschaftsapparates, indem sie jede Kritik an dessen Politik der Klassenpartnerschaft und Untätigkeit in der Jugendpolitik als Spalterpolitik verdammt. Spiegelbildlich dazu erklärte das SALZ ‚die‘ Gewerkschaften insgesamt als reaktionär und damit jede Arbeit in und mit den Gewerkschaften als unsinnig, ohne den geringsten Unterschied zwischen Gewerkschafts-

¹⁰⁴ Vgl. Stachel, Nr. 5 vom Juli/August 1970, S. 12 f.; LZ, 4/1970, S. 4; ebd., 6/1971, S. 3; Protokoll Jour fix vom 25. Februar 1970, in: Crusius / Söhl / Wilke, S. 57; Protokoll Jour fix vom 17. Februar 1971, in: ebd., S. 117.

verwaltung und -basis zu machen.¹⁰⁵ Zwar änderte das SALZ in den folgenden Wochen seine Haltung und trat für den Aufbau einer linken Opposition innerhalb der Gewerkschaften ein, dennoch lassen sich markante Unterschiede zur Politik der SDAJ ausmachen. Der Jour fix der Gewerkschaftsjugend wurde 1970 zunehmend zum Austragungsort dieser Konflikte. Der Ansatz der GSG-Studenten um Crusius und Wilke, die auf eine offensive Kritik an der „Gewerkschaftsbürokratie“ zielten, konnte sich jedoch durchsetzen, was dazu führte, dass sich die SDAJ mehr und mehr aus dem Lehrlingszentrum zurückzog.¹⁰⁶

Aber nicht nur in der Gewerkschaftsfrage, auch in anderen Punkten kollidierten die unterschiedlichen Ansätze der linken Gruppen. In der Frage nach der strategischen Ausrichtung der politischen Arbeit auf Groß- oder Kleinbetriebe sah die Frontenbildung wiederum anders aus. Während GSG-Studenten und die Jour-fix-Mehrheit von den realen Problemen und subjektiven Bedürfnissen der Lehrlinge ausgehen wollten und deshalb zwangsläufig die Situation in Kleinbetrieben, wo die Ausbildungssituation deutlich schlechter war, thematisierten, richteten SDAJ und SALZ aus einer „objektiven“ Analyse heraus ihren Fokus auf die Großbetriebe. Auch in Fragen der Organisation prallten unterschiedliche Positionen aufeinander. Die GSG-Studenten orientierten auf eine offene, von antiautoritären Ideen beeinflusste Politik der „Selbstorganisation“, mit der sie die Gewerkschaftspolitik neu ausrichten wollten. Demgegenüber ging es sowohl der SDAJ wie dem SALZ primär darum, ihre eigene politische Organisation auszubauen. Beide gingen von der Notwendigkeit einer zentralisierten Organisation und einer streng marxistischen Schulung aus. Unter anderem an diesen Fragen sollten sich die Konflikte im Jour fix im Herbst 1970 zuspitzen.

Hintergrund der folgenden Eskalation war eine Debatte um die Strukturen des Jour fix, in deren Verlauf ein Reformausschuss ein-

¹⁰⁵ Crusius / Söhl / Wilke, *Theorie und Praxis* (wie Anm. 20), S. 22.

¹⁰⁶ Ebd., S. 24.

gesetzt wurde, der Vorschläge zur Umstrukturierung erarbeiten sollte. In diesem war es jedoch rasch zur Frontenbildung gekommen, der Ausschuss spaltete sich und jede Seite erarbeitete eigene Papiere. Dabei hatte sich eine Koalition aus SDAJ und SALZ gebildet, die dafür eintraten, das offene Treffen aufzulösen zugunsten von marxistisch ausgerichteten „Schulungsgruppen“ für Neue und einem mehr oder weniger geschlossenen, für die Koordinierung und Kontrolle zuständigen Plenum. Die Fraktion um die GSG-Studenten hielt dagegen an der Offenheit und Praxisorientierung des Jour fix fest. Auf den Treffen im November, die eine Klärung herbeiführen sollten, tauchten SDAJ und SALZ schließlich mit über hundert Anhängern auf. Mit diesem „herbeigeschleppte[n] Stimmvieh“ – so die Darstellung von Crusius und Wilke – wurde der entsprechende Antrag verabschiedet.¹⁰⁷ Der aus etwa 40 Jugendlichen bestehende Kern des Jour fix verließ daraufhin den Saal, um sich in einem anderen Raum separat zu treffen und den erfolgten „Putsch“ zu verurteilen.¹⁰⁸ Kreisjugendausschuss und Kreisvorstand des DGB schlossen sich dieser Erklärung in den folgenden Tagen an und verurteilten „undemokratische Machenschaften“ sowie die versuchte Instrumentalisierung seitens der „linksradikalen Gruppen“.¹⁰⁹ Mit der Intervention der Gewerkschaftsführung war der Versuch, den Jour fix umzufunktionieren, gescheitert, die kommunistischen Organisationen zogen sich in der Folgezeit weitgehend von dem Treffen zurück. Die bewegungsinternen Spannungen hatten mit den Ereignissen vom November 1970 ihren Höhepunkt erreicht, eine gemeinsame Politik war in der Folgezeit nicht mehr möglich. Der Sieg des „Kern-Jour fix“ in der Auseinandersetzung sollte jedoch nicht von Dauer sein.

¹⁰⁷ Ebd., S. 28.

¹⁰⁸ Grundsatzzerklärung des Jour fix, 4. November 1970, in: ebd., S. 101 f. Vgl. auch LZ, 4/1971, S. 2.

¹⁰⁹ Protokoll DGB-KJA, 12. November 1970, in: FZH-Archiv, 554-6-61; Presseerklärung DGB, 6. November 1970, in: FZH-Archiv, 554-6-61; Hamburger Abendblatt, 5. November 1970, S. 4; Welt der Arbeit, Nr. 47 vom 20. November 1970, S. 7.

Dem leicht dezimierten Jour fix gelang es in den folgenden Monaten nicht, an die Hochphase seiner Aktivitäten anzuknüpfen. Zwar engagierte man sich verstärkt in der Bildungsarbeit und Ansätzen zur überregionalen und bundesweiten Koordinierung der Bewegung, doch eine Reaktivierung auf lokaler Ebene scheiterte. Die SDAJ hatte sich dagegen erfolgreich auf die Besetzung gewerkschaftlicher Jugendausschüsse konzentriert und sich zunehmend von der offenen Lehrlingsarbeit im DGB abgewandt – eine Entwicklung, die durch die misslungene „Übernahme“ des Jour fix beschleunigt worden war. Im Sommer 1971 setzte in dem von ihr dominierten Kreisjugendausschuss eine Diskussion über die Zukunft des Jour fix ein. Die Mehrheit um die SDAJ-Mitglieder argumentierte, dass das offene Treffen mit der Reaktivierung der Gremien überflüssig geworden sei: „Der JF hat [...] erreicht, daß die [gewerkschaftliche] Jugendarbeit in Hamburg wieder funktioniert. Gleichzeitig ist er also in der jetzigen Form überflüssig geworden.“¹¹⁰ Die Jour-fix-Befürworter argumentierten dagegen, dass Gremien wie der KJA allein nicht in der Lage seien, Erfahrungsaustausch zu gewährleisten und Grundlagenmaterial zu erarbeiten. Der Jour fix hatte aber nicht nur mit Angriffen von Seiten der SDAJ zu kämpfen. Zwischen Juni und August 1971 kam es auch zu einer Auseinandersetzung zwischen der „LZ“-Redaktion und dem Landesvorsitzenden des DGB Nordmark, Jan Sierks. Letzterer hatte sich in mehreren Schreiben an den DGB-Bundesvorstand gewandt, in denen er seinen Unmut über Entwicklungen in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und den zunehmenden Einfluss kommunistischer Gruppen zum Ausdruck brachte. Der zunehmend gereizte Ton in diesen Auseinandersetzungen belegt, dass DGB-Funktionäre dem „Treiben“ der Lehrlingsgruppen nicht mehr nur skeptisch gegenüberstanden, sondern sich von diesen teilweise auch persönlich angegriffen fühlten.¹¹¹

¹¹⁰ Protokoll DGB-KJA, 10. Juni 1971, in: FZH-Archiv, 554-6-61. Vgl. auch LZ, 7/1971, S. 12 f.

Auf der Kreisjugendkonferenz, die am 4. September 1971 stattfand, konnte die SDAJ schließlich einen Antrag durchsetzen, den Jour fix in seiner bisherigen Form einzustellen und durch ein vierzehntägiges Veranstaltungsprogramm in der Jugendetage zu ersetzen.¹¹² Vom Kreisvorstand wurde aber auch dieses gestrichen und das „Jugendpolitische Sofortprogramm“ für beendet erklärt.¹¹³ Damit wurde – unter aktiver Mitwirkung der SDAJ – eine Phase der Neuorientierung in der gewerkschaftlichen Jugendpolitik beendet, in der zwischen 1969 und 1971 mit Formen offener Lehrlingsarbeit und -aktivierung experimentiert worden war.

Wie die Entwicklungen in Hamburg im Herbst 1969 als Vorbild für eine bundesweite Ausbreitung gewerkschaftlicher Lehrlingszentren gewirkt hatten, so kündigten sie zwei Jahre später eine erneute Wende gewerkschaftlicher Jugendpolitik auf bundesweiter Ebene an. Ende des Jahres 1971 begann eine rege Debatte über die Auswertung des „Jahres des jungen Arbeitnehmers“ und die Bewertung der bisherigen gewerkschaftlichen Jugendpolitik, in deren Verlauf von mehreren Seiten Kritik an den Lehrlingszentren laut wurde. Sowohl von Nachwuchsfunktionären in den Gewerkschaften wie von orthodox kommunistischer Seite wurde diesen Aktionismus, „Lehrlingssyndikalismus“ und eine falsche Konzentration auf Klein- und Mittelbetriebe vorgeworfen.¹¹⁴ Auf der zweiten Arbeitstagung gewerkschaftlicher Lehrlingszentren, die am 29. und 30. April 1972 in Frankfurt am Main stattfand, konnten sich diese Positionen durchsetzen und damit eine Abkehr des DGB von der offenen Jugendarbeit in Lehrlingszentren einleiten. In den folgenden Monaten wurde die neue Linie vor Ort umgesetzt. Obwohl auch 1972 teilweise noch neue Lehrlingsgruppen entstanden, lösten

¹¹¹ Vgl. die Briefwechsel Sierks mit Vetter, Woschek und Böhnert/LZ, in: FZH-Archiv, 552-3-1.

¹¹² Anträge und Entschlüsseungen DGB-Kreisjugendkonferenz, 4. September 1971, in: FZH-Archiv, 554-1-1.

¹¹³ LZ, 8/1971, S. 9.

¹¹⁴ Crusius / Wilke, Jugend ohne Beruf – Gewerkschaft ohne Jugend? (wie Anm. 6), S. 176 f.

sich die meisten Zentren aufgrund von Fraktionierungen und der damit verbundenen Abschreckung potentiell interessierter Jugendlicher, des Rückzugs vormals aktiver politischer Gruppen und teilweise auch aufgrund von Eingriffen durch die Gewerkschaftsführung auf.¹¹⁵

Auch wenn nach dem Ende des Jour fix von gewerkschaftlicher wie linker Seite aus weiterhin Lehrlingspolitik betrieben wurde, lässt sich seit 1972 doch immer weniger von einer Lehrlingsbewegung sprechen. Zudem verschoben sich die Themenfelder, subkulturelle Tendenzen machten sich auch unter Lehrlingen verstärkt bemerkbar. 1972 rückte der gestiegene Drogenkonsum unter Lehrlingen in den Fokus der Öffentlichkeit, das „Hamburger Abendblatt“ titelte: „Rauschgift gefährdet Lehrlinge“.¹¹⁶ Aber auch bei politischen Aktivitäten spielte die sogenannte „Freizeitsphäre“ eine immer größere Rolle, 1973 weitete sich ein Konflikt um das Altonaer Stadtteilzentrum „Fabrik“ zur Kampagne für ein „unabhängiges Jugendzentrum“ aus. Die Beteiligung von Lehrlingen war aber nur noch gering.¹¹⁷

9. Fazit

Bei der Lehrlingsbewegung der späten 1960er und frühen 1970er Jahre handelte es sich um ein quasi verspätetes Übergreifen der jugendkulturellen Revolte und des politischen Aufbruchs von „68“ auf Auszubildende und junge Arbeiter, dessen Kernphase sich auf die Jahre zwischen 1969 und 1971 datieren lässt. Ein Zentrum dieser bundesweiten Bewegung bildete Hamburg, wo bereits 1968 ers-

¹¹⁵ Vgl. Crusius, Berufsbildungs- und Jugendpolitik der Gewerkschaft (wie Anm. 6), S. 180, der deshalb das Ende der „Lehrlingsbewegung im eigentlichen Sinne“ auf 1972 datiert. Eine genauere Analyse der Ursachen für den Zerfall der Lehrlingszentren in der BRD steht allerdings noch aus.

¹¹⁶ Hamburger Abendblatt, 18./19. März 1972, S. 1. Zur Reaktion der Linken vgl. LZ, 9/1972, S. 2.

¹¹⁷ Zur Auseinandersetzung um die „Fabrik“ vgl. die Sonderausgabe LZ-Aktuell, 1/1973.

te Protestaktionen von Lehrlingen stattfanden, die sich seit September 1968 auch auf die Berufsausbildung bezogen und diese zunächst mit symbolischen Aktionen in den Fokus der Kritik rückten. Eine von marxistischen und antiautoritären Vorstellungen geprägte Kritik an der Berufsausbildung bezog sich vor allem auf die von Lehrlingen in den Betrieben zu leistenden Hilfs- und Nebenarbeiten sowie auf autoritäre Methoden von Ausbildern, die als Formen von „Ausbeutung“ und „Erziehung zum Untertanen“ gedeutet und attackiert wurden. Studenten des SDS und der GSG sowie jungen Angestellten und Arbeitern der SDAJ kam in der Protestbewegung eine Initiativfunktion zu, sofern sie vorhandene Bestrebungen von sich politisierenden Lehrlingen aufgriffen, als intellektuelle und ideologische Stichwortgeber fungierten und die „Unruhe der Lehrlinge“ politisch zu organisieren versuchten. Während Proteste von Lehrlingen sich in den Jahren 1968 und 1969 noch überwiegend im Schatten der APO und am Rande der Gewerkschaften abspielten, relativ wenige Lehrlinge erreichten und sich in erster Linie außerhalb von Betrieben und Berufsschulen artikulierten, änderte sich das seit dem Herbst 1969. Die durch die Störungen vom 1. Mai 1969 angestoßene Wende in der gewerkschaftlichen Jugendpolitik des Hamburger DGB, die mit dem „Jugendpolitischen Sofortprogramm“ sowie der Gründung des Jour fix der Gewerkschaftsjugend zum Ausdruck kam, markiert eine Zäsur in der Entwicklung der Lehrlingsbewegung. Der Jour fix entwickelte sich in der Folge zum zentralen Ort und Zentrum der Aktivitäten der Lehrlingsbewegung in Hamburg – begleitet allerdings von steten Konflikten mit der Gewerkschaftsführung.

Die Lehrlingsbewegung bewegte sich von Beginn an in einem Spannungsfeld zwischen APO und Gewerkschaften, was es von vornherein erschwerte, eigene Organisationsformen zu entwickeln. Auseinandersetzungen innerhalb der Linken ebenso wie Konflikte mit dem Gewerkschaftsapparat banden Kräfte jenseits der eigentlich anvisierten Politik gegen die Unternehmer, was faktisch oftmals bedeutete, politisch an drei Fronten zu kämpfen. Insbesondere

re die zunehmenden Fraktionskämpfe zwischen den verschiedenen linken Gruppierungen führten seit Ende des Jahres 1970 zu einer Lähmung des Jour fix und schufen die Ausgangsbedingungen für seine Abschaffung im Herbst 1971. Die Abwendung der größeren linken Organisationen von einer spezifischen Lehrlingsbewegungs-politik, das Abflauen des politischen Aufbruchs von „68“ und die Hinwendung zu neuen Themen in der „Freizeitsphäre“ waren weitere Gründe dafür, dass sich seit 1972 für Hamburg nicht mehr von einer Lehrlingsbewegung sprechen lässt. Die von Crusius und Wilke vertretene These einer „Liquidierung“¹¹⁸ der Bewegung durch Gewerkschaftsapparat und SDAJ greift insofern zu kurz, als der Niedergang der Bewegung auf mehrere Ursachen zurückzuführen ist.

Wie ist die Lehrlingsbewegung, die sich im Übergang von den 1960er zu den 1970er Jahren abspielte, nun einzuordnen und zu bewerten? Ich denke zunächst, dass eine historische Untersuchung der Lehrlingsbewegung auch Anstöße für eine neue Perspektive auf „1968“ liefern kann. Die zeitgeschichtliche Forschung der letzten Jahre hat es bereits unternommen, die Protestbewegungen der Jahre zwischen 1967 und 1969 in den Kontext einer historischen Umbruchperiode der „langen sechziger Jahre“ zwischen 1958 und 1973 einzuordnen.¹¹⁹ Die gesellschaftliche Ausweitung und Verbreiterung von Protest und Gesellschaftskritik, die im Zuge der 68er-Revolution einsetzte und am Ende der „langen sechziger Jahre“ nicht nur Lehrlinge, sondern auch Frauen, Häftlinge, Mieter oder Kirchenmitglieder erfasste, ist jedoch von der Forschung bisher ebenso vernachlässigt worden wie der Blick auf die Rolle von gesellschaftlichen Trägergruppen jenseits der Studenten. Dass die zeitgenössisch diagnostizierte „Unruhe“ nicht auf Studenten und Gymnasiasten beschränkt blieb, macht zudem deutlich, dass es sich

¹¹⁸ Crusius, Berufsbildungs- und Jugendpolitik (wie Anm. 6), S. 177, 190–193.

¹¹⁹ Axel Schildt / Detlef Siegfried (Hg.), *Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies, 1960–1980*, New York und Oxford 2006, S. 1–28; Christina v. Hodenberg / Detlef Siegfried (Hg.), *Wo „1968“ liegt. Reform und Revolte in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2006, S. 7–13.

bei „68“ um eine gesamtgesellschaftliche Krise der Autorität handelte, die über Lehrlinge und junge Arbeiter und Angestellte auch die Betriebe erfasste. Klaus Hendrich verwies bereits 1970 darauf, dass die Proteste von Lehrlingen und jungen Arbeitern nicht nur zur Abstellung der gravierendsten Missstände führten, sondern auch eine Krise überkommener Führungsmethoden zum Ausdruck brachten, auf die Teile der Wirtschaft mit der Suche nach einem neuen Stil betrieblicher Führung jenseits von autoritär-patriarchalischen Formen reagierten.¹²⁰

Im Zuge des Verweises auf „1968“ und im konkreten Vergleich mit der Studentenrevolte muss jedoch auch konstatiert werden, dass Lehrlingsproteste im Auftreten oft „harmloser“ waren und unscheinbarere Formen annahmen, durch die es den Jugendlichen aber in vielen Fällen gelang, Betriebe unter Druck zu setzen und konkrete Verbesserungen in ihrer Ausbildungssituation zu erzielen. Trotz aller als antikapitalistisch verstandenen Polemik gegen Unternehmer und einem sozialistischen Selbstverständnis lag der Fokus der Proteste der Lehrlingszentren auf einer guten Ausbildung. So bemerkte das „Hamburger Abendblatt“ im Januar 1970 erstaunt: „Sie wollen gar nicht, daß ‚Lehrjahre‘ zu ‚Herrenjahren‘ werden. Sie wollen lediglich, daß Lehrjahre tatsächlich Lehrjahre sind.“¹²¹ Schon von zeitgenössischen Beobachtern wurden die protestierenden Lehrlinge deshalb als „brave Aufsässige und unpolitische Kritiker“ bezeichnet.¹²² Abgesehen von den relativ moderaten Formen des Protestes stellt sich die Frage, inwieweit im Ruf nach einer guten, qualitativ hochwertigen Ausbildung der Wunsch nach Bildung – und damit auch, überspitzt formuliert, nach gesellschaftlichem Aufstieg – zum Ausdruck kam. Zwar war ein unter Auszu-

¹²⁰ Klaus Hendrich, *Lehrlinge und Politik. Beobachtungen im Rhein-Main-Gebiet*, in: *aus politik und zeitgeschichte. beilage zur wochenzeitung das parlament*, B 41/70, 10. Oktober 1970, S. 37 f., der sich auf Äußerungen und Publikationen von Wirtschaftsvertretern aus den Jahren 1969 und 1970 bezieht, u. a. auf das Motto einer Jahrestagung junger Unternehmer: „Führen ohne zu herrschen“.

¹²¹ *Hamburger Abendblatt*, 17./18. Januar 1970, S. 37.

¹²² Hendrich, *Lehrlinge und Politik*, S. 31.

bildenden verbreiteter Bildungsdrang sicherlich prägend für die Formen, in der sich Lehrlingsproteste artikulierten, ebenso spielten aber auch andere Faktoren eine Rolle. Neben jugendkulturell überformten Momenten von Opposition gegen und Infragestellung von Autoritäten lässt sich die Lehrlingsbewegung auch als Ausdruck der Selbstermächtigung von Jugendlichen lesen, die oftmals auf der untersten Stufe der Betriebshierarchie standen, was Anerkennung, Behandlung und Bezahlung betraf.

Was bleibt von der Lehrlingsbewegung? Zunächst ist die Aktivierung tausender Jugendlicher in der Bundesrepublik hervorzuheben, die ein kritisches Bewusstsein entwickelten, sich politisch engagierten und Missstände in den Betrieben anprangerten. Diese Aktivitäten beschleunigten eine öffentliche Debatte über die Berufsausbildung und trugen auf betrieblicher Ebene zu einer Veränderung in den Formen der beruflichen Bildung bei, insoweit als traditionell bestehende autoritär-patriarchalische Lehrmethoden zunehmend aufgegeben und die Heranziehung von Lehrlingen zu Hilfs- und Nebenarbeiten eingeschränkt wurde. Und drittens ist die Wirkung auf die Gewerkschaften zu nennen, in denen die Lehrlingsbewegung auf Jugendebene für einen rapiden Mitgliederzuwachs und die Reaktivierung der Gremienarbeit sorgte. Den neuen Formen offener Jugendarbeit im DGB sollte mit der Auflösung der Lehrlingszentren allerdings nur eine kurze Lebensdauer beschieden sein.